Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 264. Mittag-Ausgabe. Sechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 10. Juni 1879.

Deutschland.

0. C. Reichstags-Verhandlungen.

56. Sitzung vom 9. Juni.

12 Uhr. Am Tische des Bundesrathes Hofmann, Herzog, Friedberg, Burchard u. A.

Das Haus ist sehr schwach besetzt. — Neu eingegangen sind: ein Gesetzentwurf, betr. die Verfassung und Verwaltung von Elsaß-Lothringen, ein Freundschaftsvertrag zwischen dem Deutschen Reiche und den Samoainseln, ein Gesetzentwurf, betr. die Aenderung der §§ 25 und 35 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Reichsbeamten und eine Uebersicht über die Resultate des Ersatzgeschäftes.

Die Wahlen der Abgg. Grafen v. Plessen und Baron v. Arnswaldt werden beanstandet und in Bezug auf dieselben mehrere Ermittelungen über vorgekommene Unregelmäßigkeiten gefordert.

In Bezug auf die Wahl des Abg. Lorette (Autonomist — Wahlkreis Bolchen-Diedenhofen) beantragt die Commission die Giltigkeitserklärung. In dem Berichte der Wahlprüfungs-Commission heißt es: „Was die Proteste und die dem Reichstage in dieser Sache sonst noch zugegangenen Schriftstücke anbelangt, so sind dieselben in französischer Sprache abgefaßt. Die Geschäftssprache des deutschen Reichstages ist aber die deutsche und sind deshalb die in einer anderen Sprache abgefaßten, an den deutschen Reichstag gerichteten Schriftstücke zur Berücksichtigung nicht geeignet."

Abg. Winterer bezeichnet die Candidatur Lorette's als eine officielle; sie sei von allen Beamten und Behörden unterstützt worden. Redner führt verschiedene Beeinflussungen der Art an, wie sie sich aus den Protesten ergeben. Daß die Proteste in französischer Sprache abgefaßt seien, sei ganz natürlich, denn in jener Gegend werde fast nur französisch gesprochen und sei sogar die Abfassung von Urkunden in dieser Sprache gesetzlich gestattet. Wenn die Abfassung von Protesten in französischer Sprache dieselben absolut ungiltig machen solle, dann sei überhaupt die ganze Wahl ungiltig; denn die sämmtlichen Wahlprotokolle, sowie das Schreiben, in welchem Lorette die Annahme der Wahl erklärt, seien französisch abgefaßt. Redner beantragt deshalb, die Sache nochmals in die Wahlprüfungscommission zurückzuverweisen.

Abg. Schneegans plaidirt für die Giltigkeit der Wahl und bestreitet besonders, daß Lorette officieller Regierungs-Candidat gewesen sei; wenigstens hätten mehrere hochgestellte Beamte und der Bezirkspräsident selbst sich gegen seine Candidatur erklärt. Auch habe der Bezirkspräsident von Waldow-Reitzenstein eine vertrauliche Unterhaltung mit Herrn Lorette im Organ der Protestpartei, dem „Courier de Moselle", publicirt und dabei Herrn Lorette in den Mund gelegt, daß dieser die Anwendung des Dictatur-Paragraphen gegen diese Zeitung gewünscht habe, während Herrn Lorette dies gar nicht eingefallen sei. Unter solchen Umständen könne doch nicht davon die Rede sein, daß Herr Lorette ein officieller Candidat gewesen.

Abg. Windthorst empfiehlt ebenfalls die Angelegenheit an die Wahlprüfungscommission zurückzuverweisen, denn es sei eine unbillige Härte, Proteste nur deshalb unberücksichtigt zu lassen, weil sie in französischer Sprache abgefaßt seien; die Leute, welche den Protest eingereicht hätten, verständen nichts weiter als französisch.

Abg. Guerber tritt dem Abg. Windthorst bei und glaubt als Beweis für die officielle Candidatur Lorette's anführen zu dürfen, daß derselbe, weil er sich als officieller Candidat habe aufstellen lassen, zur Belohnung aus einer schlechten in eine fette Notariatsstelle versetzt sei.

Abg. v. Puttkamer (Fraustadt) kann darin eine Belohnung für eine officielle Candidatur nicht erkennen; Lorette habe sich zu einer erledigten Notariatsstelle gemeldet und sei bestätigt worden, weil er der Anciennetät nach der geeignetste Bewerber und besonders als Eingeborener der französischen Sprache besser mächtig war, als ein altdeutscher Bewerber, der ihm gegenüberstand. Was die Proteste angehe, so folge aus dem Umstande, daß man den Landesbehörden gegenüber eine fremde Sprache nach dem Gesetze und oft über das gesetzliche Maß hinaus gebrauche, noch nichts für den Verkehr mit dem Reichstage. Was sollte daraus werden, wenn dem Reichstage Proteste in polnischer, dänischer, wendischer oder französischer Sprache zugehen? Der richtigste Weg wäre gewesen, wenn die Protesterheber ihren Protest hätten ins Deutsche übersetzen und so dem Reichstage zugehen lassen.

Abg. Rickert: Es wäre doch wohl besser, wenn den Protesterhebern Nachricht gegeben würde, daß französische Proteste nicht zulässig seien und daß sie deshalb ihre Einsprachen in deutscher Sprache wiederholen möchten. Ganz unberücksichtigt sollte man die Proteste nicht lassen, denn es könnte z. B. vorkommen, daß ein solcher fremdsprachiger Protest nachweist, daß einem Gewählten die Qualification fehle; wolle man einen solchen Protest ganz unberücksichtigt lassen?

Abg. Marquardsen (Vorsitzender der Wahlprüfungs-Commission): Die Commission lehnte die Berücksichtigung der Proteste ab, weil Französisch nicht die Geschäftssprache des Reichstages und seiner Commissionen sei; zudem glaubte die Commission, daß die Protesterheber vollständig die Möglichkeit hatten, den Protest in deutscher Sprache abzufassen. Der Antrag Windthorst sei jedenfalls nicht anzunehmen; mindestens müßte doch gesagt werden, was die Commission mit den Wahlacten thun solle.

Das Haus weist aber dem Antrage Windthorst's gemäß die Wahl an die Wahlprüfungs-Commission zurück.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung. — Die Aenderungen beziehen sich auf die Privatkranken- und Irrenanstalten, die Schankwirthschaften und das Geschäft der Pfandleiher.

Abg. Ackermann: Man wird bei dieser Vorlage wohl, wie es jetzt beliebt ist, wieder die Vorliebe der Regierung für Gründung und Kräftigung eines Polizeistaates voraussetzen, man stellt aber mit Unrecht Polizei- und Rechtsstaat einander gegenüber. Der Staat hat zwei Aufgaben, den Schutz der Interessen der Einzelnen durch die Gerechtigkeit und die Förderung der öffentlichen Wohlfahrt. Ueberall, wo die letztere in Frage steht, müssen wir die Verwaltung und die Polizei mit den nöthigen Befugnissen ausstatten, damit sie ihre Aufgabe, die weniger im Bestrafen, als in der Fürsorge besteht, erfüllen können. Das Interesse der Einzelnen ist ja auch in den meisten Staaten dadurch, daß, wenigstens in höchster Instanz, unabhängige Männer über die Concessionsertheilung entscheiden, oder auf andere Weise genügend geschützt. Meine Partei begrüßt diese Vorlage um so freudiger, weil sie zum Theil ihren eigenen Vorschlägen entspricht. Die ungeheure Vermehrung der Schankwirthschaften, Privat-, Kranken- und Irrenhäuser, der Pfandleih- und Rückkaufsgeschäfte, wie sie seit dem Jahre 1869 stattgefunden hat, rechtfertigt die hier gemachten Vorschläge, durch welche der Betrieb dieser Gewerbe auf das durch das wirthschaftliche Bedürfniß gebotene Maß zurückgeführt und von den betreffenden Gewerbetreibenden die nöthige Zuverlässigkeit des Charakters verlangt wird.

Bei den Krankenhäusern wird noch der Nachweis genügender ärztlicher Hilfe und Einreichung eines Betriebsprogrammes, bei den Pfandleihern und Rückkaufshändlern der Nachweis solcher Räumlichkeiten, in denen die verpfändeten Gegenstände vor Verderben geschützt sind, zu erfordern sein. Auch sollte bei dieser Gelegenheit die Frage geprüft werden, wie den Uebelständen abzuhelfen sei, die sich bei der Erziehung und Ernährung von Kindern durch sogenannte Haltefrauen eingestellt haben. Die Schankwirthschaften haben sich seit dem Jahre 1869 an vielen Orten verdoppelt, verdreifacht und vervierfacht; dadurch wird Trunksucht und Verschwendung befördert, die Familienbande werden gelockert und die Menschen mit ihrem Berufe unzufrieden gemacht. Daß die Entscheidung über das Bedürfniß in den größeren Städten den Gemeindebehörden überlassen bleiben soll, billige ich, doch sollte dies nur bei den Städten mit 25,000 und mehr Einwohnern der Fall sein. Das Bedürfniß des Nachweises für das sehr gefährliche Geschäft der Rückkaufshändler und Pfandleiher, die mit Recht einander gleichgestellt werden, sollte nicht nur da, wo dies durch Ortsstatut festgesetzt ist, sondern überall erfordert werden. Ich beantrage, die Vorlage der Gewerbeordnungscommission zur Berichterstattung zu überweisen.

Abg. Richter (Hagen): Zu jeder richtigen Reaction, die Erfahrung haben wir in Preußen immer gemacht, gehört auch eine Maßregelung der Schankwirthe. Da wir uns nun wieder in einer richtigen Reactionsperiode befinden, so hören wir ja auch von allen Seiten, wie man mit Polizeimaßregeln gegen die Wirthe vorgeht, sei es durch Beschränkung der Tanzlustbarkeiten, der Polizeistunde oder durch Auflegung besonderer Steuern und das Alles zu einer Zeit, wo die allgemeinen Erwerbsverhältnisse am wenigsten dazu Anlaß geben, sich über die Maßen zu belustigen. So erklärt sich auch dieses Gesetz, welches noch weit hinter die frühere Gesetzgebung zurückgeht. Man spricht von der erschreckenden Zunahme der Schankwirthschaften. Die uns mitgetheilte Statistik ist so unklar, daß, wenn ich der Reichskanzler wäre, ich vielleicht den Ausdruck „politisch-tendentiös" auf dieselbe anwenden würde. Wenn ich Gastwirthschaften und Schankwirthschaften, Bierwirthschaften und Kleinhandlungen mit Getränken mitrechne, so kamen auf 1000 Einwohner im Jahre 1869 fünf und jetzt sechs Debitsstellen. Rechtfertigen aber nicht die veränderten Verhältnisse jetzt mehr Wirthschaften? 100 Millionen Menschen fahren jetzt jährlich mehr auf den Eisenbahnen als im Jahre 1869, der große Zuwachs der Bevölkerung in industriellen Gegenden besteht vielfach aus unverheiratheten Leuten, die mehr auf das Wirthshaus angewiesen sind, die Million Männer, welche der Krieg nach Frankreich führte, ist auch nicht mit größerer Neigung zum Stillleben zurückgekehrt. Eine plötzliche Lohnsteigerung vermehrte vor einigen Jahren die Fähigkeit und Neigung zum Genuß geistiger Getränke, ebenso wie in anderen Erwerbszweigen mag die vermehrte Zahl von Etablissements stellenweise noch über das vermehrte Bedürfniß hinausgegangen sein.

Jetzt findet auch bereits eine Verminderung der Schankwirthschaften wieder statt. Mancher behält nur die Wirthschaft, weil er der Concession an sich einen Werth beilegt; starke Handhaben gewährt schon die bestehende Gesetzgebung, um einer Vermehrung der Wirthschaften entgegenzuwirken, ich erwähne nur die Anforderungen an das Local und an die Einrichtung der Gastwirthschaft, welche die Behörde stellt. Sollen nun die Errichtungen neuer Wirthschaften gar von der sogenannten Bedürfnißfrage abhängig gemacht werden, so verzichtet man überhaupt auf bestimmte gesetzliche Merkmale und stellt Alles in die Willkür der Behörden. Nach Bedürfniß heißt nach Gunst oder nach dem äußeren Schein entscheiden, man bringt die ganze Klasse der Wirthe wieder in die unmittelbarste Abhängigkeit von Local- und Polizeibehörden. Das ist schon politisch sehr bedenklich. Bei den letzten Wahlen hat man unter den Einwirkungen der Polizeibehörden selbst nationalliberalen Candidaten Versammlungslocale verweigert. Aber auch wirthschaftlich darf man nicht, wenn man ordentliche Leute zu Wirthen haben will, dieselben der Polizeiwillkür preisgeben. Gerade die größere Rechtssicherheit hat seit 1869 den Stand der Wirthe sehr gehoben. Verfolgen Sie nur die Bestrebungen der Gastwirths-Vereine für die Verbesserung ihres Gewerbes. In den Motiven ist, ohne die Spur eines Beweises dafür anzutreten, behauptet worden, die Trunksucht habe sich vermehrt. Ich bedauere es, daß sie in solcher Weise einen Schatten auf unseren Nationalcharakter werfen dürfen. Vor einigen Jahren noch gehörte es zum guten Ton, den Deutschen als solchen für einen überaus edlen und tugendhaften Menschen zu erklären, jetzt ist das Umgekehrte an der Tagesordnung. Der deutsche Arbeiter soll schlecht, leichtsinnig und dem Trunke ergeben sein! Was soll man im Auslande für einen Eindruck bekommen, was aus der deutschen Nation geworden ist? Nein? es ist nur das reactionäre System, welches versuchen will, durch äußere Polizeimaßregeln die Sittlichkeit zu befördern.

Dieses System ist verderblich und erzielt das Gegentheil. Schon Justus Möser warnt vor solchen Polizeimaßregeln, wobei die Unterthanen den Gesetzgeber wie die Kinder einen grämlichen Vater ansehen und im Winkel mehr Böses thun, als sie bei mehr Freiheit gethan haben würden. Solche Debatten wie heute wurden in Berlin schon in den 50er Jahren geführt. Verschiedene Mitglieder der Centrumspartei vom Rhein verdanken ihre Popularität in weiten Kreisen der Bevölkerung der Entschiedenheit, mit der sie damals gegen die Reaction ankämpften. Heute fürchte ich, daß diese Partei eher geneigt ist auf diesem Gebiet mit v. Kleist-Retzow Arm in Arm zu gehen. — Man will sodann die Anlage von Privatkranken- und Irren-Anstalten an erschwerte Concessionsbedingungen knüpfen. Damit wird man die Benutzung dieser Anstalten kostspieliger machen und dadurch auf den engsten Kreis reicher Leute beschränken. — Nicht auf ideale Einrichtungen kommt es bei diesen Anstalten an, sondern darauf, ob sie für die Kranken bessere Behandlung ermöglichen als in der Umgebung der Familie. Bei Einschränkung der Privatanstalten wird man auf Kosten der Steuerzahler die öffentlichen Anstalten vermehren müssen, individuelle Verhältnisse gestatten aber oft nicht, solche Kranke öffentlichen Anstalten zu übergeben. Die Motive führen zur Begründung dieser Gesetzes-Aenderung nur allgemeine Redensarten an. Man will außerdem gegen Pfandleiher und Rückkaufshändler weitgehende polizeiliche Befugnisse einführen, aber die Rückkaufsgeschäfte haben sich in Berlin nur deshalb vermehrt, weil sie das Publikum besser und billiger bedienen, als die königlichen Leihanstalten, deren Einnahmen zurückgegangen sind.

Ich bin allerdings der Meinung, daß Pfandleihe- und Rückkaufsgeschäfte, weil sie einen consumtiven Credit bieten, von der Gesetzgebung nicht gerade zu fördern sind, aber man soll es auch nicht so darstellen, als ob alle Leute, die Geld leihen wollten, edle, in unverschuldete Noth gerathene Menschen, dagegen die Geldleiher nur habsüchtige Ausbeuter sind. Dabei fördert man den Leichtsinn oder giebt zu Erpressungen Veranlassung. Schränkt man die Rückkaufsgeschäfte ein, so wird man ohne Bedingung des Rückkaufs verkaufen müssen und sich dabei gewiß nicht besser stehen, oder man muß sich statt gegen Realsicherheit durch Wechselverbindlichkeit, Ehrenschein u. s. w. Geld zu schaffen suchen, was noch viel schlimmer ist. Allerdings will man auch in Bezug hierauf einen neuen Strafparagraphen in einer anderen Commission machen, aber wenn man derartige Geschäfte dem discretionären Ermessen des Strafrichters unterstellt, so werden sie Formen annehmen, hinter denen sie sich überhaupt der richterlichen Cognition entziehen oder es werden sich ihnen nur noch solche Personen widmen, welche nach Gesetz und Richter überhaupt nichts fragen. Jedenfalls wird die Lage Derjenigen, denen man helfen will, nicht verbessert, sondern verschlimmert. Das kommt von solcher Gesetzgebung, die nur auf die Symptome loscurirt sind, indem sie gewisse Erscheinungen unterdrückt, viel schlimmere Uebelstände erzeugt an anderer Stelle, ganz abgesehen von denjenigen Umständen, die eine solche Polizeigesetzgebung an sich mit sich bringt.

Reichskanzleramts-Präsident Hofmann: Bei der Frage, ob die Concession zum Schankgewerbe von dem Bedürfniß abhängig gemacht werden soll, handelt es sich nicht um ein politisches Princip. Die Mehrheit des Hauses wird sich deshalb hoffentlich durch das von der Opposition an die Wand gemalte Gespenst der politischen Reaction nicht abhalten lassen, die Frage sachlich und objectiv zu prüfen. Die Regierung übernimmt allerdings, indem sie die Bedürfnißfrage wieder als maßgebend für die Concession einführt, ein großes Odium und macht es ihren Gegnern leicht, sich populär zu machen, indem diese sich als Anwälte derjenigen hinstellen, denen die Concession verweigert wird, gleichwie früher Mitglieder des Centrums als Anwälte der Gewerbefreiheit sich populär machten. Die Regierung fühlt aber, daß es nöthig ist, hier eine Schranke einzuführen, wenn nicht in unserem Volksleben Schäden weiterfressen sollen, deren Vorhandensein nicht zu leugnen ist. Den Vorwurf des Abg. Richter, daß die Motive die Zahlen in tendenziöser Weise zusammenstellen, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Die Vermehrung der Schank- und Gastwirthschaften von 1869 bis 1877/78 ist mit klaren Zahlen dargestellt. Wenn sich in Preußen die Gastwirthschaften um 44 Procent, die Schankwirthschaften um 23 Procent, in Baden die Schankwirthschaften um 66 Procent, in Mecklenburg-Schwerin um 95 Procent, im Großherzogthum Sachsen um 126 Procent und in den übrigen deutschen Bundesstaaten um 109 Procent vermehrt haben, so weiß doch Jeder von uns, daß die Bevölkerung nicht in diesem Maße, sondern ungefähr um 1 Procent jährlich gewachsen ist. Es kommen also auf 10,000 Einwohner jetzt 60 Wirthschaften gegen 50 im Jahre 1869, das macht eine Vermehrung der Schankwirthschaften um 20 Procent bei einer Vermehrung der Bevölkerung von 10 Procent.

Der Abg. Richter hat getadelt, daß die Motive von der Gefahr einer Zunahme der Trunksucht sprechen und dieser Gefahr entgegenzutreten wünschen. Er hat darin gleichsam eine Verleumdung des deutschen Volkes gesehen, denn die heutigen Erwerbsverhältnisse seien wenig geeignet, dem Trunke Vorschub zu leisten. Ich glaube, daß, wenn der Arbeiter so viel verdient, um einen geordneten Haushalt zu führen, geht er weniger ins Wirthshaus, als wenn die Erwerbsverhältnisse schlecht sind. Daß die Trunksucht zugenommen hat, beweist die Petition des Vorstandes des niederrheinischen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege. Die Gesetzgebung wird darin dringend aufgefordert, der Trunksucht zu steuern und namentlich hervorgehoben, daß bei Ertheilung von Concessionen zur Gast- und Schankwirthschaft die Bedürfnißfrage in Zukunft maßgebend sein soll. Ich glaube nicht, daß die Verfasser der Petition, unter denen Bürgermeister der bedeutendsten Städte sich befinden, der Bevölkerung ihrer Städte ein schlechteres Zeugniß ausstellen wollen, als sie es verdienen. Was die vielen abschlägig beantworteten Gesuche um Schankconcessionen betrifft, so beweist dies nur den außerordentlichen Andrang zu diesem Gewerbebetrieb und die Berechtigung der Gesetzgebung, hier einen Riegel vorzuschieben. Daß die den Motiven zu Grunde gelegte Statistik mit dem Jahre 1877 abschließt, hat darin seinen Grund, daß die Vorlage schon im vorigen Jahre gemacht ist. Bezüglich der Privatheilanstalten kann ich versichern, daß täglich im Reichskanzleramt Gesuche eingehen von Besitzern derselben, die nicht einmal richtig deutsch schreiben können, ein Beweis, daß diese Anstalten sich in Händen ungenügend befähigter Personen befinden. In Bezug auf die Pfandleihanstalten und das Rückkaufsgeschäft verweise ich auf die ausführlichen Motive. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst: Auf den Appell des Abg. Richter (Hagen) an meine Freunde, gegen Beschränkungen des Schankgewerbes zu stimmen, erwidere ich, daß wir zu polizeilichen Maßregeln nur dann unsere Zustimmung geben werden, wenn sie absolut geboten sind. Ich wünschte nur, daß der Abg. Richter eine gleiche Antipathie gegen Polizeimaßregeln auf kirchenpolitischem Gebiete gezeigt hätte, wie er es jetzt bei den Schänken thut. Aber auch die Regierungen thuen nichts, um der Polizeiwillkür auf kirchenpolitischem Gebiete ein Ende zu machen. Deshalb muß ich der Commission, welcher ich ebenso wie der Abg. Ackermann diese Vorlage zur Vorberathung zu überweisen wünsche, einen Gesichtspunkt zur Beachtung empfehlen, der, wenn er nicht zu meiner Befriedigung erledigt wird, mich zur Ablehnung der ganzen Bestimmung zwingen würde. Principiell wünschte ich, daß ähnlich wie bei der Secte der Temperenzler in Amerika, der Branntwein nur in den Apotheken auf Anordnung des Arztes verabfolgt werde (Heiterkeit), aber trotzdem kann ich die Befugniß zur Ertheilung von Schankconcessionen nicht den Polizeibehörden allein geben. Denn namentlich in Rheinland und Westfalen, wo gegen die Polizei-Verfügungen nicht von den Selbstverwaltungsbehörden Remedur geschaffen werden kann, würde bei der jetzigen Stimmung von dieser Befugniß nicht aus sachlichen Gründen, sondern aus Nebenrücksichten Gebrauch gemacht werden. Dort besteht noch der „Deutsche Verein" und confessionelle und culturkämpferische Rücksichten kommen dort hauptsächlich in Betracht. Die Verwilderung unseres Volkes hängt ursächlich zusammen mit der jetzt in Deutschland befolgten Kirchenpolitik und ich benutze diese Gelegenheit, um in Hinblick auf die unzweifelhafte Vermehrung der Schänken und der Trunksucht in Deutschland die Regierungen zur Erörterung der Frage zu veranlassen, ob es rathsam sei, den Culturkampf noch fortzuführen.

Abg. v. Kleist-Retzow: Der Abg. Richter ist immer verdrießlich, wenn das Centrum und die Conservativen in einer Frage zusammengehen, und er versucht dann eine Spaltung hervorzurufen. Wir freuen uns über ein solches Zusammengehen, da wir den innerlichen sittlichen Boden vielfach gemeinsam haben, und wünschen, daß sich dieses Gebiet immer weiter ausdehne. Ich begreife die Schwierigkeiten, welche dem Abg. Windthorst bei der Bewilligung der geforderten Polizeibefugnisse sich darbieten, aber aus kirchenpolitischen Gesichtspunkten kann er doch nicht die ganze Verwaltung auf den Kopf stellen. Diese kirchlichen Fragen müssen auf einem anderen Gebiete sehr bald zu seiner Befriedigung geordnet werden. Das ist doch in dem Augenblick nicht mehr zweifelhaft, wo Herr v. Seydewitz Präsident und Freiherr zu Franckenstein erster Vicepräsident des Reichstags ist. (Hört! links.) Der Abg. Richter hat der liberalen Sache einen schlechten Dienst erwiesen dadurch, daß er sie mit der Vermehrung der Schankwirthschaften identificirte. Er hat auf Rheinland und Westfalen exemplificirt, aber gerade diese Provinzen haben von den östlichen die schlechte Gewohnheit des Schnaps- und Biertrinkens im ausgedehnten Maße angenommen, während sie wieder diesen das vermehrte Wirthshausleben zugeführt haben. Scharfe Maßregeln gegen diese Mißstände hängen nicht mit einer Reaction zusammen. In England sind sie ja von einem liberalen Ministerium angeordnet und erst von einem conservativen aus praktischen Gründen gemildert worden. Wir müssen einstimmig sein, wenn es gilt, Deutschland aufzuhalten in seinem Laufe zum Abgrund. Denn schon Tacitus weist in seiner Germania auf die Neigung der Deutschen zum Trunke hin. Die jetzigen Maßregeln, welche der Polizei zur Einschränkung der vermehrten Schankwirthschaften zu Gebote stehen, sind durchaus ungenügend und unwirksam. Die sehr gestiegene Zahl der Verbrechen wird zur Hälfte verübt von Trunksüchtigen und zur Hälfte am Sonntag, wo man in den Schänken dem Teufel opfert. Wir wollen das Schwert der Obrigkeit handhaben zur Zucht unvernünftiger Menschen, damit Deutschland nicht Gefahr laufe, außer von seinen Lastern auch von seinen Feinden besiegt zu werden. (Beifall rechts.)

Abg. Braun (Glogau): Bei dieser Gewerbeordnungsnovelle kann der Culturkampf allerdings nicht erledigt werden, wenn auch Herr v. Kleist eine feurige Apostrophe an das Centrum richtete. Gefreut hat mich sein Lob der preußischen Selbstverwaltungsgesetze; bei den letzten Wahlen galten sie als das Teufelswerk des Liberalismus (Hört!), welches von der conservativen und gouvernementalen Presse verdammt wurde. Der Abg. Richter hat die liberale Sache nicht mit der Vermehrung der Schankwirthschaften identifizirt, sondern wollte nur dabei die Polizeiwillkür ausgeschlossen sehen; er will den Dingen ihren natürlichen Lauf lassen (Heiterkeit) und Sie glauben an die Allmacht der Polizei, in demselben Augenblick, wo Ihnen Herr von Kleist schildert, daß es mit der Polizei nichts sei. Mit der Bedürfnißfrage ist auch nichts gemacht; das wird jeder nach seinem subjectiven Standpunkte beurtheilen. Das Schnapstrinken am Rhein soll zugenommen haben! Infolge einer Reihe schlechter Weinjahre hat der Biergenuß zugenommen; Schnaps trinken die Leute nicht (Widerspruch); das sagt man so ins Blaue hinein, ich verlange aber Beweise. Warum ist denn der Branntwein auf einmal solch Teufelszeug geworden, daß man ihn nur gegen ärztliches Attest beziehen soll. Wir in Deutschland sind das Branntwein producirende Land und sollten doch unsere eigenen Producte nicht so schlecht machen. Sie (nach rechts deutend), die Vertreter der Landwirthschaft, oder vielmehr des Großgrundbesitzes sind beim Branntwein am Meisten interessirt, wir haben Ihnen beigestanden für Ihren Branntwein den ausländischen Markt zu öffnen, seien wir doch nicht solche Heuchler und Pharisäer, den Branntwein in dem Augenblicke, wo wir ihn unsern Nachbarn zuführen, bei uns zu unterdrücken.

Der edle Römer Tacitus schrieb in seinem Buche, in welchem er die Deutschen lobte, auch daß sie wacker zechen; denken Sie an die seitdem verflossene Zeit: durch ein solches Gesetz werden Sie einen solchen Naturfehler, wenn er einer ist, nicht beseitigen. (Heiterkeit.) Das Wirthshausleben war früher viel schlimmer als heute; früher herrschte nur noch viel mehr der heimliche Trunk. Und wenn man fürchtet, daß Wein verkauft werden könnte, der gar kein Wein ist, dazu haben wir ja das Nahrungsmittelgesetz für die Polizei gemacht; aber statt davon Gebrauch zu machen, kommt man immer mit neuen Gesetzen. Denken wir doch an einen anderen Ausspruch des Tacitus: Pessima res publica, plurimae leges. Die Vermehrung der Verbrechen steht mit den Schankstätten in keinem Zusammenhange, wenigstens leitete der frühere Minister Graf Eulenburg sie aus der, den Kriegen folgenden Verwilderung ab. Die Schule, Kirche und Familie muß heilen, die Polizei kann nicht helfen. Daß es sich nicht um bloße politische Gespenster handelt, sondern um Körper mit Fleisch und Blut, geht aus den letzten Wahlen hervor, wo man den Wirthen andeutete, wenn sie liberale Versammlungen bei sich dulden, würden sie keine Tanzconcession 2c. bekommen. Wenn Herr v. Kleist auf England verwies, so kann ich ihm sagen, gerade wo die meisten Schänken sind, ist die Trunksucht am wenigsten verbreitet,

am stärksten ist sie da, wo die großen Einp[illegible]ces sind. Nach der Zahl der Etablissements kann man nicht urtheilen, man muß nach dem Consum fragen, dann erst kann man beurtheilen, ob wir wirklich eine Nation von Schnapssäufern sind. Tendenziös hat Richter die Statistik nicht genannt, sondern nur gesagt, wenn er der Reichskanzler wäre, würde er es sagen; erlaubt muß eine solche Aeußerung doch wohl sein, wenn der Reichskanzler die gesammte amtliche Statistik tendenziös nennt. Wenn dann Windthorst sich auf Amerika berufen hat, dort giebt es einen Pöbel, den wir nicht haben, der mit den lieben Gottesgaben wie das Vieh umgeht. So schlecht ist es bei uns nicht, also haben wir auch solche Maßregeln nicht nöthig.

Abg. Lasker: Daß Mittel und Wege aufzufinden sind, um der Trunksucht zu steuern, darin sind wir wohl alle einig; es handelt sich nur um die, allerdings auch politische Frage, sollen wir der Verwaltung allein die Entscheidung der Concessionsfrage überlassen? Die Vermehrung der Wirthschaften giebt mehr Gelegenheit zum Trunke, der Mißbrauch der Gastwirthschaften, die nachher als bloße Schankwirthschaften betrieben werden, muß beseitigt werden; ich lasse aber dahingestellt, ob gerade das Charakteristikum des Bedürfnisses das glücklichste Mittel ist. Ein weit wirksameres Mittel scheint mir eine scharfe Besteuerung der Schankwirthschaft. Dieser Vorschlag ist allerdings unpopulär und deshalb wohl von der Regierung nicht gemacht, denn man kann einen unpopulären Vorschlag nicht in dem Augenblicke machen, wo man seine ganze Politik auf die Tagesströmung stellt. Die conservative Partei möchte ich einladen, diesem Gegenstande als einem kräftigen Abwehrmittel der Trunksucht ihre Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Vorlage wird darauf der Commission überwiesen, die bereits mit den Anträgen auf Abänderung der Gewerbeordnung beschäftigt ist.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dinstag 12 Uhr. (Gebührenordnung für Rechtsanwälte, Statistik des Waarenverkehrs, Zolltarif.)

Berlin, 9. Juni. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Generalmajor z. D. v. Mutius, bisher Commandeur der 18. Infanterie-Brigade, den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; dem Generalmajor z. D. v. Böhn, bisher Commandeur der 34. Infanterie-Brigade (Großherzoglich mecklenburgischen), und dem Ober-Forstmeister Tramnitz zu Merseburg den Rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Musikdirector Ehrlich zu Magdeburg den Rothen Adlerorden vierter Klasse; sowie dem Lazareth-Verwaltungs-Inspector Bernau im Garnison-Lazareth zu Wiesbaden den Königlichen Kronenorden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König hat im Namen des Reichs den Apotheker August Bluhm zu Jurburg (Georgenburg) in Rußland zum Vice-Consul ernannt.

Der Kaiserliche Consul zu Rotterdam hat den Kaufmann François van der Elst an Stelle des ausgeschiedenen Herrn J. C. Déking-Dura zum Consular-Agenten in Dordrecht bestellt.

Der ordentliche Lehrer am Pädagogium in Putbus, Dr. Hänicke, ist zum Oberlehrer an dieser Anstalt ernannt worden.

Berlin, 9. Juni. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute die Vorträge des General-Adjutanten von Albedyll und des Wirklichen Geheimen Raths von Wilmowski entgegen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] begrüßte gestern Ihre Königlichen Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin von Baden im Stadtschlosse zu Potsdam und wohnte mit Höchstdenselben dem Gottesdienste in der Friedenskirche bei, worauf Ihre Majestät mit den Hohen Gästen nach Schloß Babelsberg zurückkehrte. Dort traf zum Diner Se. Königliche Hoheit der Prinz Friedrich der Niederlande ein.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] kam am Sonnabend Vormittag nach Berlin, begab Sich von hier in das Mausoleum zu Charlottenburg und darauf in die Reiseskizzen-Ausstellung im provisorischen Ausstellungsgebäude am Kupfergraben. — Um 12 Uhr nahm Höchstderselbe Vorträge entgegen und kehrte später mit Ihrer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit der Kronprinzessin, Höchstwelche mit dem Zuge um 11 Uhr ebenfalls nach Berlin gekommen war, gemeinschaftlich nach dem Neuen Palais bei Potsdam zurück. Gestern früh 7 Uhr begab sich Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz zum Empfange Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs und der Großherzogin von Baden nach dem Bahnhofe in Potsdam und geleitete Höchstdieselben in das Stadtschloß, woselbst auch Ihre Kaiserl. Hoheit die Kronprinzessin bald darauf eintraf. Später wohnte Se. Kaiserliche Hoheit dem Gottesdienste in der Friedenskirche bei. Das Dejeuner nahmen die Großherzoglich badischen Herrschaften bei Ihren Kaiserlichen Hoheiten im Neuen Palais ein. Nachmittags stattete Se. Kaiserliche Hoheit der Kronprinz Sr. Majestät dem Kaiser und König einen Besuch ab und dinirte bei Ihrer Majestät der Kaiserin-Königin auf Schloß Babelsberg.

[Seine Königliche Hoheit der Prinz Carl] ist gestern, Sonntag, Abends 11½ Uhr, auf dem Dresdener Bahnhofe in Begleitung Sr. Königlichen Hoheit des Landgrafen Friedrich Wilhelm von Hessen, Höchstseines Schwiegersohnes, von Wiesbaden hier eingetroffen und hat im hiesigen Palais Wohnung genommen.

(R.-Anz.)

⊙ **Berlin**, 9. Juni. [Die Cour bei der Jubelhochzeit des Kaisers. — Deputation der Stadt Berlin. — Regierungs-Präsidium in Gumbinnen.] Nach den nunmehr definitiv getroffenen Bestimmungen über die Cour im Weißen Saal werden nach dem diplomatischen Corps zuerst die Fürstinnen und die Excellenzendamen, sowie die Häupter der fürstlichen Häuser ihre Glückwünsche darbringen. Hierauf das Staatsministerium, geführt vom Reichskanzler Fürst Bismarck. Auf den Wunsch des Kaisers wird dann der Reichskanzler vor dem Throne stehen bleiben und zunächst den Bundesrath erwarten, um auch diesen bei der Beglückwünschung zu führen. Als Repräsentanten des Bundesraths werden mit Ausnahme der preußischen Minister sämmtliche hier anwesende Mitglieder desselben, auch diejenigen, welche dem diplomatischen Corps angehören, erscheinen. Was die Deputationen anbetrifft, so wird der Reichstag durch seinen Vorstand, die beiden Häuser des Landtags durch ihre Präsidien vertreten sein. Die Deputationen der einzelnen Provinzen werden nach der amtlich hergebrachten Reihenfolge, mit Ostpreußen beginnend, von den betreffenden Oberpräsidenten an den Thron geleitet, um durch die selbstgewählten Sprecher ihre Glückwünsche darzubringen, bezw. die Adressen und Urkunden über etwaige Stiftungen u. s. w. zu überreichen. Die Deputationen der Residenzstädte Berlin, Potsdam, Charlottenburg, Breslau und Koblenz, sowie diejenigen einiger anderer Städte, wie Köln, Münster und andere, schließen sich den Provinzial-Deputationen an. Es folgen dann Deputationen der Ritterschaften und Landschaften, der Universitäten, denen sich die Universität Jena anschließt, der Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Künste nebst den technischen Hochschulen, des Kriegerbundes, des Handwerkerbundes, endlich der großen Wohlthätigkeits-Vereine, des vom Rothen Kreuz und des Frauen-Vereins, nämlich der vaterländische Frauen-Verein, der Frauen- und Lazareth-Verein, der Magdalenen-Verein, der Frauen- und Jungfrauen-Verein und der Hausfrauen-Verein. — Die Nachricht, daß der Oberbürgermeister v. Forckenbeck zur Theilnahme an der Feier nach Berlin zurückkehren werde, bestätigt sich nicht. (Wurde bereits vor einigen Tagen gemeldet. D. R.) Die aus 12 Personen bestehende Deputation der Stadt Berlin wird durch den Bürgermeister Duncker geführt werden. — Wir haben neulich bestritten, daß die Ernennung für das Regierungs-Präsidium in Gumbinnen bereits erfolgt sei, wie einige Zeitungen gemeldet hatten. Wir wollten damit die betreffende Personalnotiz nicht als irrthümlich bezeichnen, sondern nur richtig stellen, daß die Sache noch nicht erledigt war. Andere Correspondenzen sprechen von dem auffallenden Schweigen über die Wiederbesetzung der Ober-Präsidentenstelle in Schleswig und knüpfen daran allerlei Combinationen. — Das Schweigen erklärt sich jedoch einfach daraus, daß der Oberpräsident von Scheel-Plessen noch volle 5 Monate im Amte bleibt. Es liegt demnach für jetzt noch kein Anlaß vor, die Wahl des Nachfolgers zu beschleunigen.

= **Berlin**, 9. Juni. [Dauer der Reichstagssession. — Zolltarifcommission. — Die Haltung des Centrums. — Vorlage über das Gütertarifwesen. — Auflösung des Abgeordnetenhauses. — Etats-Verwaltung.] Die Frage nach der Dauer der gegenwärtigen Reichstags-Session beschäftigte heute die Mitglieder des Reichstages mehr als die Gegenstände der Tagesordnung. Man hörte darüber die verschiedenartigsten Versionen. Zunächst will man vor wie nach nicht daran glauben, daß der Entwurf über die Eisenbahn-Gütertarife, der vielleicht erst gegen Ende dieses Monats an den Reichstag gelangen könnte, in der That noch von demselben erledigt werden solle. Es hängt aber Alles davon ab, ob und in wie weit der Reichskanzler Nachdruck darauf legt, diesen Gegenstand noch in der laufenden Session durchzubringen. Ist dies der Fall, dann ist vor den letzten Julitagen der Schluß unmöglich. Aber man rechnet, wie gesagt nicht mit dieser Möglichkeit und es wird daher allgemein angenommen, daß die Session in den Tagen vom 9. bis etwa 15. Juli schließen wird. — In der Zolltarif-Commission wird die erste Lesung der eigentlichen Tarifpositionen nicht mehr viel Zeit beanspruchen und die zweite Lesung an sich schnell genug erledigt sein; allein die Frage der constitutionellen Garantien wird zweifellos die Arbeiten der Commission erheblich verlängern. Man glaubt dafür allein etwa eine Woche nöthig zu haben, zumal das Centrum vor diesen Fragen urplötzlich Miene macht, seine bisherige Gefügigkeit in den Tarifvorlagen aufzugeben und ziemlich unumwunden äußert, es werde sich mit allgemeinen Redensarten nicht abspeisen lassen. Der Vollständigkeit wegen sei registrirt, daß vielfach die Angabe verbreitet ist, es hänge dieser energische Einwand mit getäuschten Erwartungen bezüglich der Gegenforderungen des Centrums zusammen. Wir wissen nicht, wie weit dies richtig ist, da ohnehin aus den Kreisen des Centrums die Angabe, es seien von Rom jetzt definitive Forderungen für Beilegung des Culturkampfes in Berlin eingegangen, als vollständig unrichtig bezeichnet wird. Jedenfalls wird der Schwerpunkt der bevorstehenden Reichstagsdebatten in der Frage der constitutionellen Garantien zu finden sein. — Bezüglich des Gesetzentwurfes über die Eisenbahngüter-Tarife werden, wie man hört, noch im Bundesrathe umfassende Discussionen unvermeidlich sein. Eine Reihe von Regierungen erhebt, wie man hört, die gewichtigsten Bedenken gegen die principiellen Bestimmungen des Entwurfs, womit dieselben in dem Sonderausschuß bereits hervorgetreten waren. Noch größerer Widerspruch bereitet sich dagegen im Reichstage vor; das Centrum scheint gewillt, geschlossen dagegen zu stimmen; damit wäre der Entwurf im Reichstage von vorn herein bereits verworfen. Auch diese Lage der Dinge ist nicht dazu angethan, wahrscheinlicher zu machen, daß die Angelegenheit noch in dieser Session ihre Erledigung finden möchte. — Innerhalb der preußischen Regierung ist die Frage über Auflösung des Abgeordnetenhauses, welches die dritte Session der gegenwärtigen Legislaturperiode hinter sich hat, noch nicht zum Austrag gebracht worden. Anfänglich sollte die Auflösung im Juli erfolgen; man wird indessen jetzt die betreffenden Beschlüsse von dem Verlauf der Reichstagssession abhängig machen; wahrscheinlich erfolgt die Auflösung im September und die Neuwahl im October. Uebrigens ist man in den einzelnen Ministerien augenblicklich mit Aufstellung der Etatsforderungen beschäftigt, welche bis zum 1. Juli dem Finanzminister angemeldet sein müssen. Im Großen und Ganzen wird der nächstjährige Etat seinem Vorgänger gleichen und die Hauptforderung im Extraordinarium sich vielleicht die Amelioration des Nogat-Weichselgebiets betreffen.

☐ **Berlin**, 9. Juni. [Aenderung der Reichsverfassung durch das Eisenbahntarifgesetz. — Aus der Zolltarif-Commission. — Zusammenhalten der nationalliberalen Partei.] Die Berathung des Eisenbahntarifgesetzentwurfs im Bundesrath, wurde in der letzten Sitzung vertagt und wird am Donnerstag oder Freitag dieser Woche von Neuem auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Schwerpunkt des Gesetzes liegt in der Festsetzung der einheitlichen Tarifsätze für alle deutschen Bahnen. Es darf bei dieser Absicht vor Allem nicht übersehen werden, daß der Gesetzentwurf eine Abänderung der Reichs-Verfassung enthält. Nach Art. 45 derselben steht dem Reich in Beziehung auf Eisenbahnen die Controle über das Tarifwesen zu. Die Festsetzung der Tarife der Höhe nach ist nicht mehr ein Act der Controle, sondern ein Theil der Verwaltung derselben. Im Wege der Controle würde eine Begrenzung der Höhe der Tarifsätze oder die Aufhebung einzelner Tarifsätze, wenn sie dem allgemeinen Verkehr schädlich sind, zulässig erscheinen. Daher ist man auch in competenten Kreisen der Meinung gewesen, daß sich die Einwirkung der Reichsregierung auf die Festsetzung von Maximalsätzen und die Prüfung einzelner innerhalb der Maximalsätze von den Bahnen festgesetzter Einzelfrachtpreise zu erstrecken haben wird. Dagegen bedeutet die Festsetzung der Tarife durch das Reich nichts anderes, als die Uebernahme des wichtigsten Zweigs der Eisenbahnverwaltung, ohne die Verantwortung für die finanziellen Resultate der Bahnen auf sich nehmen zu wollen. Es ist ein solches Gesetz somit in Wirklichkeit eine theilweise Expropriation der Staats- und Privatbahnen ohne Schadloshaltung. Ob die Einzelstaaten und der Reichstag eine solche Dictatur der Reichsregierung in Eisenbahnsachen ohne eigentliche Verantwortung über die Grenzen der Verfassung hinaus zulassen werden, muß zweifelhaft erscheinen. Wie uns von zuverlässiger Seite mitgetheilt wird, sind die Erörterungen über die Stellung der Staaten und Parteien im Reichstag zum Gesetzentwurf vom Standpunkt der Verfassungsmäßigkeit aus bereits im Gange. — Von conservativer Seite wird das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß die nationalliberale Partei in den nächsten Tagen eine Fractionssitzung abhalten werde, in welcher die Auseinandersetzung zwischen der Opposition und den mit der Regierung gehenden Mitgliedern stattfinden soll. Nach genauen Ermittelungen ist diese Nachricht völlig unbegründet. Die oppositionelle Mehrheit unter den Nationalliberalen trägt kein Verlangen, die Initiative zur Sprengung der Fraction zu ergreifen und die mit der Wirthschaftspolitik der Regierung stimmenden Mitglieder scheinen sich nicht stark genug zu fühlen, den Coup wagen zu können. Allerdings hören wir, daß hervorragende nationalliberale Abgeordnete, die früher an dem Zusammenhalten der Partei mit großer Zähigkeit hingen, die Hoffnung auf eine dauernde Vereinigung mit den dissentirenden Parteigenossen verloren haben. Aber sie sind nicht gewillt, während der Dauer dieser Reichstagssession irgend etwas zu unternehmen, was auf den Ausschluß der Minorität aus der Partei abzielen würde. Eine Neubildung der Partei soll sich erst nach den Wahlen zum Abgeordnetenhause dadurch von selbst ergeben, daß die Gewählten sich entschließen müssen, auf Grundlage eines neu festzusetzenden Programms ihren Eintritt in die nationalliberale Fraction zu erklären.

☐ **Berlin**, 9. Juni. [Die erste Reichstagssitzung nach den Pfingstferien] begann mit einem beschlußunfähigen Hause. Der Götter gnädiges Geschick, oder besser gesagt, die Abwesenheit der Socialdemokraten, bewahrte die Versammlung vor der Auszählung, und die Mitglieder konnten sich während der ersten Hälfte der Sitzung um so ungestörter in Privatgesprächen ergehen. Das Thema der Unterhaltung bildeten die Reichstags-Arbeiten und die Dauer der Session. Was die letztere anlangt, so gehen die Ansichten aus einander. Während einerseits behauptet wird, daß die Session in der ersten Hälfte des nächsten Monats zum Abschluß kommen könne, wurde von Anderen nachgewiesen, daß dies unmöglich sei. Das Plenum des Hauses und seine Commissionen hätten bis heute noch nicht ein Drittel der Tarifarbeiten erledigt. In der laufenden Woche fallen zwei Sitzungen aus, während wegen der Commissionsarbeiten kaum mehr als 4 Sitzungen wöchentlich stattfinden können. Das Haus müßte, wenn es noch dem Eisenbahntarifgesetz und anderen wichtigen Vorlagen gerecht werden sollte, bis in den August hinein tagen. Wie ein beschlußfähiges Haus bis dahin zusammenzuhalten wäre, ist nicht abzusehen. Allerdings wird dagegen eingewendet, daß das Tabak- und Brausteuergesetz ebensowenig zu Stande kommen werden, wie die Forderungen nach constitutionellen Garantien seitens der Bundesregierungen erfüllt werden. Selbstverständlich würden dadurch die Verhandlungen des Reichstags an Kürze gewinnen. Dazu kommt, daß die Entscheidung über die Finanzzölle immer näher und die Gewährung kirchenpolitischer Concessionen an die Ultramontanen immer ferner rückt. Jene liberalen Abgeordneten mögen vielleicht Recht behalten, die den heutigen Windthorst'schen Wink mit dem Zaunpfahl (siehe den Parlaments-Bericht) nicht allzu ernst nehmen, aber die privaten Aeußerungen ultramontaner Abgeordneten über die Mißstimmung ihrer Wählerschaft lassen doch darauf schließen, daß die Clericalen zögernd vor der Abstimmung über die Finanzzölle stehen. Die Clericalen versichern nämlich, daß in ihren Reihen von Bismarck'schen Zugeständnissen nichts bekannt sei, daß nicht einmal eine Amnestie für ihre verurtheilten Priester in Aussicht stände und daß die Regierung sich täusche, wenn sie annehme, daß das Centrum pour le roi de Prusse bei der Abstimmung über das Ganze des Zolltarifgesetzes Ja sagen werde.

F. [Zur goldenen Hochzeit des Kaiserpaares.] Am 11. Juni, dem Tage der goldenen Hochzeit Ihrer Majestäten wird nach Beendigung der Salutschüsse auf der Gallerie des Berliner Rathhauses eine Festmusik stattfinden, bei welcher Gelegenheit folgendes Programm zur Ausführung gelangen wird: 1) Choral: „Lobet den Herrn, den mächtigen König der Erden." 2) Fackeltanz, aufgeführt zur Vermählungsfeier Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen mit der Prinzessin Marie Louise Augusta Katharina von Sachsen am 11. Juni 1829, componirt von Spontini. 3) „Das treue deutsche Herz" von Julius Otto. Dieses Lied hat folgenden Wortlaut:

„Ich kenne einen hellen Edelstein Von köstlich hoher Art; In einem stillen Kämmerlein, Da liegt er gut verwahrt. Kein Demant ist, Der diesem gleicht, Soweit der liebe Himmel reicht. Die Menschenbrust ist's Kämmerlein, Da legte Gott so tief hinein, Den schönen hellen Edelstein, Das treue, das treue deutsche Herz. Für Pflicht und Recht, für Wahrheit, Ehr', Flammt heiß es alle Zeit. Voll Kraft und Muth schlägt's hoch und hehr, Für Tugend, Frömmigkeit. Nicht schrecket es der Menschen Spott, Es kennt allein der liebe Gott. Der ganze Himmel, klar und rein, Er spiegelt sich mit leichtem Schein, Im schönen, hellen Edelstein, im treuen deutschen Herz. Wohl weiß ich noch ein gutes Wort, Für das es heiß entbrannt, Das ist sein höchster, heil'ger Hort, Das theure Vaterland. Treu hängt's an ihm, verräth es nicht, Selbst wenn's in Todesschmerzen bricht. Kein schön'rer Tod auch kann es sein, Als froh dem Vaterland zu weih'n, Den schönen, hellen Edelstein, das treue, das treue deutsche Herz. Nimm, Gott, mir Alles, was ich hab', Ich geb' es freudig hin, Nur laß mir Deine schönste Gab', den treuen deutschen Sinn. Dann bin ich hoch beglückt und reich, Kein Fürst auf Erden kommt mir gleich. Und soll mein Leib begraben sein, Dann setz' in deinen Himmel ein, Den schönen, hellen Edelstein, Mein treues, mein treues deutsches Herz!

4) Festmarsch von Wieprecht. 5) Borussia von Spontini. 6) Choral: Eine feste Burg ist unser Gott. — Das Rathhaus wird an dem Festtage in würdiger Weise in vollem Flaggen- und Blätterschmuck prangen, am Abend wird dasselbe in brillantester Weise erleuchtet werden.

[Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878.] Der Turnverein in Hohenstein.

Augsburg, 9. Juni. [Das hiesige Fest-Comite] hat einen Aufruf an die Bürgerschaft erlassen, in welchem dieselbe zur Betheiligung an der Feier der goldenen Hochzeit Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin aufgefordert wird. Die Stadt wird am Tage der Feier festlich geschmückt werden, Abends wird eine allgemeine Illumination stattfinden. Zahlreiche Krieger- und Veteranenvereine werden sich hier zu gemeinsamer Feier versammeln.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 7. Juni. [Zur egyptischen Frage. — Parlamentarische Nachrichten. — Zur Wiedereröffnung der Amnestieperiode. — Ollivier und die Akademie. — Türr über Szegedin.] Die „Debats" bringen heute wieder einen Artikel über die egyptische Frage insbesondere über den Schritt des deutschen Consuls in Kairo, die bekannte ausweichende Antwort Ismael Paschas und die möglichen Folgen dieses Begebnisses. Es ist den „Debats" nicht heimlich zu Muthe und sie fragen sich mit Besorgniß, welches die Absichten Deutschlands in Egypten seien. Wenn etwa diese Absichten dahin gingen, in Kairo eine Art von internationaler Regierung zu errichten, an welcher alle Mächte Antheil nehmen, die in Egypten Interessen zu beschützen haben, so wäre das, meinen die „Debats", eine sehr gefährliche Unternehmung, die im Widerspruch mit den Interessen von Frankreich und England steht. England und Frankreich hätten nämlich in Egypten ganz andere Interessen als Deutschland, in sofern die deutschen Staatsangehörigen mit der consolidirten Schuld nichts zu thun haben, vielmehr fast ausschließlich Gläubiger der schwebenden Schuld seien. Diesen Gläubigern könnte es im Grunde wenig darauf ankommen, ob Egypten finanziell zu Grunde gerichtet wird, ob seine Finanzquellen versiegen. Für die Befriedigung ihrer Ansprüche würden sich immerhin Mittel finden, um so mehr als die Bankiers und Speculanten, welche dem Khedive für seine laufenden Bedürfnisse Geld vorschießen, nicht sowohl darauf ausgingen, ihr Geld von dem Khedive wiederzuerhalten, als darauf, mit Bewilligung des Vicekönigs Wucherzinsen von seinen Unterthanen erheben zu können. Anders stände es mit Frankreich und England, deren Staatsangehörige fast die alleinigen Inhaber der consolidirten Schuld sind und deren Aufgabe es also sein müßte, auf eine Befestigung des egyptischen Finanzwesens hinzuarbeiten, weil man sonst nicht die dauernde Verzinsung der consolidirten Schuld erwarten könnte. In wie fern die internationale Regierung, vor welcher sich die „Débats" fürchten, schon jetzt den Argwohn verdient hat, in einer ziemlich machiavellistischen Manier den Untergang Egyptens herbeiführen zu wollen, vergißt dieses Blatt deutlich zu erklären. Die von ihm vorgeschlagene Lösung der obwaltenden Schwierigkeiten besteht darin, daß man dem Khedive die Wiederherstellung der berühmten Enquête-Commission aufnöthigen und dieser Commission den Auftrag ertheilen müßte, Egypten ein finanzielles Gesetzbuch zu geben, was ihm bis jetzt fehlt. Aber freilich sei die Lösung schon jetzt dadurch sehr erschwert worden, daß England und Frankreich so lange gezögert haben, einen Entschluß zu fassen. — Von parlamentarischen Nach-

richten liegt nicht viel Neues vor. In den gestrigen Commissions-Sitzungen sind nur Geschäftsvorlagen erledigt worden. Die äußerste Linke giebt sich große Mühe, die Amnestiefrage wieder aufs Tapet zu bringen, aber ihr Interpellationsproject ist noch nicht aus den Windeln heraus. Inzwischen haben die Radicalen den Deputirten Lisbonne dahin gebracht, seinen Antrag auf Verlängerung der Amnestieperiode wieder aufzunehmen. Verlängerung ist nicht der rechte Ausdruck, wir müßten Wiedereröffnung sagen, denn die Amnestieperiode ist seit zwei Tagen geschlossen. Die Regierung wird sich natürlich aus Leibeskräften widersetzen. Die schlechte Stimmung der Opportunisten macht sich heute in einem Artikel der „République Française" Luft, welcher in allerdings etwas unbestimmten Ausdrücken dem Ministerium vorwirft, daß es nicht eifrig genug bemüht sei, den Zusammenhang der Mehrheit aufrecht zu erhalten. Die intransigenten Blätter führen eine immer mehr herausfordernde Sprache. So greift die „Marseillaise" heute Emile de Girardin an, der sich doch wahrlich in der „France" Mühe genug gegeben hatte, die Amnestirung Blanquis herbeizuführen. Aber es mißfällt der „Marseillaise", daß Girardin jetzt, wo diese Angelegenheit gegen seinen Wunsch gelöst worden, in patriotischer und vernünftiger Weise die Wähler von Bordeaux auffordert, auf die Erneuerung der Blanqui'schen Candidatur zu verzichten. Die „Marseillaise" spricht den Wunsch und die Ueberzeugung aus, daß das nicht geschehen werde. Die „Revolution française" macht auf originelle Art die reactionäre Mehrheit für ihre Privatnöthen verantwortlich. Sie muß bis heute Abend 3750 Francs Gerichtskosten zahlen und sie hat das Geld nicht. Die Schuld liegt daran, daß man Blanqui nicht in die Kammer aufgenommen hat. — Unter den Clericalen herrscht große Entrüstung darüber, daß der Minister des Innern, Lepère, die Frohnleichnams- und andere öffentliche Processionen einzuschränken sucht. Lepère hatte schon vor einiger Zeit den Präfecten geschrieben, sie möchten diese Processionen nur dann gestatten, wenn keinerlei Störungen oder ärgerliche Kundgebungen dabei zu befürchten ständen. Jetzt weist er in einem zweiten Rundschreiben die Präfecten an, die unter ihren Befehlen stehenden Beamten nicht mehr ausdrücklich zur Theilnahme an den Processionen einzuladen und ihnen zu sagen, wenn sie als Privatleute daran theilnehmen wollen, so sollen sie keine Uniform oder sonstige officielle Abzeichen anlegen. Eine ähnliche Weisung soll aus dem Kriegsministerium an die militärischen Befehlshaber ergangen sein, mit Hinweglassung jedoch, wie sich von selbst versteht, der Bemerkung über die Uniform. — Emile Ollivier hat keinen Grund, sich zu der Veröffentlichung seiner Rede zu beglückwünschen, denn der allgemeine Eindruck derselben ist der, daß die Akademie wohl daran gethan hat, die Verlesung dieser Rede in officieller Sitzung zu verhindern. In der That würde sie nicht dem allgemeinsten Tadel entgangen sein, hätte sie auch nur den Schein einer Verantwortlichkeit für die von Ollivier ausgesprochenen Ideen auf sich nehmen wollen, denn diese Rede ist im Großen und Ganzen nichts anderes, als eine Verherrlichung des napoleonischen Systems, wie es im ersten und zweiten Kaiserreich zum Ausdruck gekommen. In seinem ganzen Benehmen während dieser Affaire hat Ollivier wieder eine so absolute Tactlosigkeit bewiesen, daß selbst ein ihm befreundetes Blatt, der „Gaulois", zu dem Geständniß gezwungen wird, man könne Ollivier's Verhalten nur einer chronischen und unheilbaren Ungeschicklichkeit zuschreiben. — Gestern Abend hat der General Türr in der geographischen Gesellschaft einen sehr interessanten Vortrag über die Ueberschwemmung in Szegedin gehalten. Er schilderte in anschaulicher Weise, wie das Unglück durch die mangelhafte Anlage der Dämme, welche Szegedin beschützen, möglich geworden sei, und auf eine eingehende Darlegung der Verhältnisse des Donaugebiets sich stützend, zeigte er, was die Ingenieurs zu thun hätten, um die Wiederholung einer solchen Katastrophe zu verhüten. Er schloß mit einem Dank für die Wohlthätigkeit, welche Frankreich bei dieser Gelegenheit Ungarn gegenüber bewiesen habe. Die Rede wurde von den zahlreichen Zuhörern mit großem Beifalle aufgenommen.

Provinzial-Zeitung.

+ **Breslau**, 10. Juni. [Ihre Königliche Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin Albrecht von Preußen] trafen gestern Abend mittelst des Personenzuges der Breslau-Glatz-Mittelwalder Eisenbahn, aus Schloß Camenz kommend, auf dem hiesigen Centralbahnhofe um 9 Uhr 24 Min. ein. Der Brigade-Commandeur, Generalmajor Freiherr von Wechmar, in Vertretung des abwesenden Commandanten, hatte sich zur Begrüßung des prinzlichen Paares auf dem Perron eingefunden. In der Begleitung desselben befanden sich der Hofmarschall Graf von der Schulenburg, die persönlichen Adjutanten Rittmeister von Jagow und von Scheele, und die Hofdamen Gräfin Pückler und Fräulein von Moltke. Im Kaisersalon des Bahnhofsgebäudes war bereits ein Souper zu 7 Gedecken angerichtet, welches die genannten hohen Herrschaften während ihres einstündigen Aufenthalts einnahmen. Mit dem um 10½ Uhr abgehenden Schnellzuge erfolgte die Abfahrt nach Berlin. Der Prinz und die Frau Prinzessin Albrecht werden der Jubelhochzeit des kaiserlichen Paares beiwohnen und sich am 15. d. M. nach Schloß Camenz zurückbegeben. — Ihre Königliche Hoheit die Frau Prinzessin Louise von Preußen, welche ihre Cur in Bad Landeck unterbrochen, am vorigen Sonnabend hier eintraf und im Hotel du Nord Quartier nahm, ist bereits am Sonntag Vormittag 10 Uhr mit dem Eilzuge der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn zu gleichem Zweck nach Berlin abgereist.

+ **[Theilnehmer an der Feier der Jubelhochzeit des Kaisers.]** Se. Excellenz der Commandeur des VI. Armee-Corps, General der Cavallerie, von Tümpling, ferner der Ober-Bürgermeister Friedensburg und der Stadtverordneten-Vorsteher Banquier Beyersdorf, Se. Magnificenz der Rector der hiesigen Universität, Professor Dr. Spiegelberg, und Professor Dr. Röpell haben sich zur Beglückwünschung des kaiserlichen Jubelpaares nach Berlin begeben.

B. **[Bei unserem Schlußbericht: „Die Beerdigung der beim Feuer Verunglückten"]** hat ein falsches Zusammenstellen der einzelnen Theile stattgefunden. Der Bericht mußte nämlich — da seine Aufgabe erst in sehr später Abendstunde erfolgen konnte — in verschiedenen Abschnitten durch mehrere Setzer hergestellt werden.

Wir bitten also den Absatz 2: „Entgegen den Erwartungen des Publikums &c." hinter Absatz 4 zu stellen, in dem Absatz 4 aber den Schlußsatz wie folgt zu lesen: „Die Sicherungs-Deputation mit ihren Amts-Abzeichen, zahlreiche Mitglieder des nordwestlichen Bezirksvereins und vollzählig der Feuerrettungsverein. Ein Trupp Feuerwehr beschloß den Zug, Mannschaften dieses Corps gingen auch an den Längsfronten des Zuges." (Dann folgt eben Absatz 2: „Entgegen den Erwartungen des Publikums &c.")

—d. **Breslau**, 9. Juni. [Bezirksverein für die Schweidnitzer Vorstadt.] In der am 7. d. M. abgehaltenen Versammlung hielt Chemiker Dr. Hulwa einen Vortrag über „das Echte und Unechte unserer Nahrung." Nachdem Redner in der Einleitung darauf hingewiesen, daß der menschliche Organismus der Nahrung bedürfe, nicht nur wie sie von der Natur geboten werde, sondern einer durch Kunst zubereiteten, zeigt er, daß vor Allem das Feuer dem Menschen das Mittel biete, sich die Speisen zuzubereiten. Und hierin unterscheide sich der Mensch wesentlich vom Thiere, welches das Feuer wie seinen Feind fürchte. Ein Blick in die Geschichte zeige, wie mit dem verbesserten Gebrauch des Feuers, mit den ersten Anfängen der Kochkunst auch die Cultur begann und ein Umschwung in den Sitten und Gewohnheiten eintrat, wie mit dem geselligen Mahle, dem zu Tisch setzen der Mensch aufhörte, ein Wilder zu sein. Bei der Zubereitung und dem Verdaulichmachen der Speisen brauchen wir neben Feuer auch Wasser, Salze, Säuren, welche lösen, verbinden, trennen. Es treten also in der Aufgabe der Küche diejenigen Elemente und Manipulationen in Kraft, welche dem Chemiker von Fach dienstbar sind. Die Küche ist also in Wahrheit zu vergleichen mit einem chemischen Laboratorium für's Haus. Und zwei Chemiker sind es wieder, welche beim Mahle die Aufwartung machen und die Controle führen. Der eine residirt im Magen, es ist der Chemiker der Ernährung, er hat den Hunger als seinen besten Koch, er regiert den Proceß der Verdauung und bestraft jeden bewußten oder unbewußten Fehlgriff in der zubereiteten resp. genossenen Nahrung. Der zweite Chemiker residirt im Gaumen und auf der Zunge, es ist der Chemiker des Geschmacks. Wir essen nicht blos, um zu leben, sondern wir wollen auch genießen. Die Küche hat nicht nur eine wissenschaftliche, sondern auch eine Kunstaufgabe zu lösen. Wir sprechen sowohl von einer Kochkunst, als auch von einer Eßkunst. Durch den Geschmack erhebt sich der Mensch über die rohe Sinnlichkeit, er verwandelt den thierischen Trieb in einen Genuß. Der Geschmack muß eben gebildet werden. Der Geschmack ist der Wegweiser für das Mahl. Das Verständniß desselben im Verein mit dem Verständniß der Gesetze der Ernährung regiert die Zubereitung der Speisen und das Wohlbefinden nach dem Genuß. Es gehört also Bildung zum Kochen und in der That bietet das Arrangement des Mahles den besten Maßstab für die Bildungsstufe der Frau. Eine feine Küche ist aber nicht immer eine gute Küche, während eine gute Küche immer eine feine ist. Es ist eine der Hauptpflichten der Kochkunst, die Küche als Präservativ gegen die Apotheke wirken zu lassen. Die Frau braucht nicht Mediciner oder Chemiker von Profession zu sein, sie soll aber ein allgemeines Verständniß der Medicin und Chemie für die Lebensbedürfnisse besitzen. Sie soll wissen, welche Speisen schädlich sind, welche heilsam wirken; sie soll wissen, wie Grünspan oder Blei in die Speisen gelangt, welche Substanzen in eine nahrhafte Speise gehören und welche nicht, welche Gruppen von Nahrungsstoffen zu einer normalen Speise von Nöthen sind. Dazu braucht sie nicht ausübende Köchin zu sein, aber sie muß die gute Küche im Kopfe haben, um den Scepter des Küchenregiments zu führen. Wenn gut und gesund gekocht wird, dann werden die Krankheitsursachen von selbst vermindert. Eine gesunde Küche ist namentlich da am Platze, wo es sich um die Kräftigung von Kranken und Reconvalescenten handelt. Hier liegt noch ein wenig studirtes und bearbeitetes Feld vor. Eine Hauptaufgabe der Küche findet Redner in der richtigen Behandlung des Fleisches, dessen Bestandtheile und dessen zweckentsprechende Zubereitung er des Nähern erläutert. Wenn das Fleisch aber ein vorzügliches Nahrungsmittel sein soll, muß es auch gesund sein. Nun ist es aber bekannt, daß häufig kranke und unreife Thiere geschlachtet werden, um das Fleisch derselben als Nahrungsmittel zu verwerthen. In vielen Fällen geschieht dies heimlich und gewerbsmäßig von sog. „Polkaschlächtern." Solches Fleisch wird dann aus leicht erklärlichen Gründen nach einem entfernten Ort, meist nach einer größern Stadt gebracht. Angesichts dieser Thatsachen und der damit für die Gesundheit verknüpften Gefahren müsse man es möglichst vermeiden, von auswärts, wie es so vielfach der Ersparniß der Kosten wegen geschieht, uncontrolirtes Fleisch zu beziehen. Redner führt nun aus, daß bei manchen Krankheiten der Thiere das Fleisch nicht derartig verändert werde, daß der Genuß desselben die Gesundheit gefährde, oder daß es eine Verminderung des Nährwerthes erleide. Dahin gehören viele äußere Krankheiten, eine Verwundung, Knochenbrüche &c. Bei andern Krankheiten (Milzbrand, überhaupt allen brandigen Entzündungen äußerer und innerer Organe) wird das Fleisch von vornherein so krankhaft verändert, daß es gesundheitsgefährlich ist. Fernerhin bietet das Fleisch von Thieren, welche vor dem Schlachten typhöse oder fieberhafte Erscheinungen zeigten, bald nach dem Schlachten die Anzeichen faulender Zersetzung. Dieses Fleisch ist ebenfalls vom Genusse auszuschließen. Auch sind die gesundheitsschädlichen Folgen des Genusses von Fleisch auf Parasiten in demselben, sowie auf vorher dem Thiere einverleibte Medicamente (Gifte) zurückzuführen. Endlich verliert das Fleisch an Nährwerth durch besondere Krankheiten der Thiere, welche eine auffällige wässerige Beschaffenheit des Fleisches mit sich bringen, und bei unreifen, weniger als 8 bis 10 Tagen alten Kälbern. Wenn wir nun auch gewisse Anzeichen haben, um gutes Fleisch zu erkennen, wie die lebhafte, braunrothe Farbe, das roth und weiß marmorirte Aussehen auf der Schnittfläche, das harte und feste (nicht aber weiche, gallertartige und gelbgefärbte) Fettgewebe, die derbe und elastische Fleischfaser &c., so genügen diese und andere Eigenschaften nicht, um ein gesundheitsschädliches Fleisch zu erkennen. Den Gefahren, welchen wir uns durch eine derartig schädliche Fleischkost aussetzen, können wir nur mit Erfolg entgegentreten in einer wohlgeordneten amtlichen Fleischbeschau, wie solche bereits auf hiesigem Schlachthofe und im Marktverkehr in ersprießlicher, aber noch nicht in einer den gegebenen Verhältnissen entsprechend ausreichenden Weise geübt wird. Ohne eine solche Fleischschau dürfte kein geschlachtetes Vieh auf den Markt gebracht werden. Vielfach wird krankes Fleisch zur Wurstfabrikation verwandt, schon um der Entdeckung, daß es krank sei, vorzubeugen. Ueberhaupt sind es die Würste, welche das Gesundheitsschädliche des Fleisches auf den Menschen übertragen, wie zahlreiche Unglücksfälle an zahlreichen Orten zur Genüge dargethan haben. Eine Wurst, die sehr weich und schmierig erscheint, inwendig stellenweise hohl ist und grünliche oder gelbgefärbte Helltheilchen aufweist, ferner einen ranzigen, säuerlichen und schwachfauligen Geruch entwickelt, ist verdächtig und unbedingt zu verwerfen. Ebenso ist der Mehlzusatz zur Wurst, wenn derselbe bezweckt, daß eine größere Menge von Wasser — oft bis 70 pCt. — aufgenommen werden soll, eine betrügliche und den Nährwerth der Wurst bedeutend herabmindernde Manipulation. Solche Wurst geht bei längerem Aufbewahren in Gährung über und überträgt die Fäulniß der Fleischmasse, so daß dieselbe gesundheitsschädlich wird. Der unscheinlichen Farbe solcher Wurst sucht man durch Anilinfärbung nachzuhelfen. Es wird daher auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes überall da auf Fälschung erkannt werden müssen, wo derartige Zustände ermittelt werden. Redner hebt hierauf den großen Werth der naturgemäßen Zusammensetzung unserer Mahlzeiten aus Fleisch, Gemüsen und Compots hervor und wendet sich dann zu dem unentbehrlichen Begleiter unserer Mahlzeiten, dem Brot. Nach eingehender Beschreibung der Brotbereitung und der Eigenschaften eines normalen Gebäcks, sowie seines Nährwerthes, wendet sich Redner zu all' den Factoren, welche diese echte Gabe Gottes verschlechtern. Solche Verschlechterung tritt ein durch feuchtes, schlecht aufbewahrtes, mulstrig und sauer gewordenes Mehl, in welchem sich Mehlwürmer und Milben in Unzahl entwickeln, wobei der Kleber, der wichtigste Bestandtheil des Mehls und Brots, sich verändert, dessen Elasticität beeinträchtigt und das aus solchem Mehl bereitete Brot zur Pilzbildung geneigt und gesundheitsschädlich wird. Um solches Mehl verarbeitungsfähig zu machen, wird in einzelnen Ländern Kupfervitriol oder Alaun zugesetzt, Maßnahmen, wenn sie bei uns erwiesen werden, straffällig sind. Unser Brotmehl wird ferner geschädigt und in seinem Nährwerth beeinträchtigt durch Zusatz von Kartoffelmehl und von Kunstmehlen mineralischer Natur (Kreide, Thon, Gips, Magnesit, Schwerspath, Speckstein), welche zeitweise bis zu 30 Procent gefunden wurden. Durch solche Zusätze erhalten wir Steine statt Brot. Zum Brot essen wir Butter, um dasselbe leichter verdaulich zu machen. Die Butter, sowie die Fette überhaupt, sind ein sehr wichtiger, noch viel zu wenig geschätzter Nahrungsstoff als ein Vermittler für den Umsatz unserer Mahlzeiten in Wärme und Körperbestandtheile. Die Butter soll frei sein von fremden Fetten, von schädlichen Farben, von Zusätzen von Kartoffelmehl und Käsestoff und von übermäßigem Salz- und Wassergehalt. Die sanitätspolizeiliche Controle wird darauf achten, daß schlecht ausgewaschene und ranzige Butter dem Marktverkehr fern bleibt, da schon kleine Mengen solcher Butter die besten Speisen verderben und dieselben unzuträglich für die Gesundheit machen. So wie jetzt Anstalten vorhanden sind, um uns mit normaler, guter Milch zu versehen, ebenso soll in nächster Zeit von einer hierselbst ins Leben tretenden Molkerei-Genossenschaft neben unverfälschter und frischer Milch auch echte gute Butter direct ins Haus geliefert werden. Es wird nun Aufgabe der Frauen sein, von solchen Einrichtungen Gebrauch zu machen, hier wie beim Ankauf aller Nahrungsmittel nicht am unrechten Orte zu sparen, da das Beste, im Interesse der Gesundheit beschafft, immer das billigste ist. Das neue Nahrungsmittelgesetz wird dem Bestreben, unsere Gesundheit zu schützen, insofern entgegenkommen, als es die Begriffe von echten und unechten Lebensmitteln zur klaren Erkenntniß bringt und eine richtige Werthschätzung derselben ermöglicht. — Der Vorsitzende, Rittergutsbesitzer Kempner, sprach dem Vortragenden den wärmsten Dank der Versammlung aus, die sich zum Zeichen dessen von ihren Plätzen erhob. Nach Wahl eines Vergnügungs-Comites, welches einen Sommerausflug des Vereins vorbereiten soll, wurde beschlossen, aus der Vereinskasse 20 M. zur Linderung der augenblicklichen Noth von Hinterbliebenen verunglückter Feuerwehrmänner zu bewilligen. Eine zu gleichem Zweck veranstaltete Sammlung ergab 28,4 M. Die Gesammtsumme von 48,4 M. soll unverzüglich dem Branddirector Herzog zur Vertheilung übergeben werden.

Vermischtes.

[Spende aus Anlaß der goldenen Hochzeit des Kaisers.] Der Rittergutsbesitzer Verdries zu Fredersdorf an der Ostbahn hat dem Kriegs-Ministerium aus Anlaß der Feier der goldenen Hochzeit Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin ein Geschenk von 30,000 M. gemacht, dessen Zinsen zur Unterstützung von Invaliden der preußischen Armee und deren Hinterbliebenen verwendet werden sollen. Weitere 1500 M. sind dem Kriegs-Ministerium von dem Geschenkgeber überwiesen worden, damit schon an dem Tage des Jubelfestes solche Unterstützungen vertheilt werden können.

Handel, Industrie &c.

Berlin, 9. Juni. [Börse.] Der Grundton der heutigen Börsentendenz war zwar ein durchaus fester, dennoch gelang es der Baissepartei auch ziemlich umfangreiche Blancoabgaben ins Werk zu setzen und die Festigkeit durch ausgesprengte Gerüchte zu beeinträchtigen. Derartige Bestrebungen hätten auch leicht eine tiefergreifende Wirkung gewinnen können, denn es fehlte der Börse auch heute wieder an Actionslust, doch traten dem die Wiener Coursmeldungen, die fortgesetzt erkennen ließen, daß Wien willig auf die Hausseintentionen der hiesigen Börse eingehe, entgegen, und es siegte nach mehrfachen Schwankungen auch hier wieder die steigende Bewegung. Von den internationalen Speculationspapieren zeichneten sich Franzosen ganz besonders durch eine sehr feste Tendenz und lebhaft steigende Coursnotiz aus. Zum Theil übte noch die in voriger Woche gemeldete Mehreinnahme eine belebende Wirkung. Zum Theil aber glaubt man auch für die laufende Woche, des in dieselbe fallenden Pfingstfestes wegen, eine bedeutende Mehreinnahme voraussetzen zu sollen. Oesterr. Creditactien wurden ebenfalls ziemlich lebhaft zu steigender Notiz gehandelt, während Lombarden eher vernachlässigt blieben. Die österr. Nebenb. verhielten sich sehr still. Galizier zogen etwas an, ebenso auch Albrechtbahn und Dux-Bodenbacher. Von den localen Speculationseffecten gingen Disconto-Commanditantheile zu höherem Course ziemlich lebhaft um, Laura-Actien geschäftslos. Auch die ausländischen Staatsanleihen waren ziemlich fest bei fast ganz belanglosem Geschäft. Russische Noten fest, per ult. 201½—202—1—1½ (Vorprämie 203/2), per Juli 202¼—2½ (Vorprämie 205½/3¼). Preußische und andere deutsche Staatspapiere unbelebt aber fest. Einheimische Eisenbahnprioritäten besonders 4½% waren sehr lebhaft begehrt. Ausländische Prioritäten ruhiger aber fest. Auf dem Eisenbahnactienmarkte hatte die Haltung vorübergehend einen matteren Charakter angenommen. Die Notirungen erfuhren aber fast durchgehend Erhöhungen. Per ult. notiren: Köln-Mindener 134,50—133,90—134, Rheinische 130,25—129—129,25, Bergische 92,25 bis 92,70—92, Halberstädter, Anhalter und Potsdamer steigend, Thüringer beliebt, Rumänen besserten die Notiz auf das Gerücht, daß die Rumänische Regierung 7,000,000 Garantie-Zuschüsse zahlen wolle. Dresdener behauptet, Nahebahn und Aachen-Mastrichter in einigem Verkehr. Bankactien verhielten sich sehr ruhig. Deutsche Bank erhöhte die Notiz. Preußische Bodencredit-Bank zog bei lebhaftem Geschäft an, Darmstädter Bank besser, Luxemburger Bank steigend, Leipziger Creditbank besserte den Cours. Schaaffhausen höher. Centralbank für Bauten war billiger erhältlich. Industriepapiere waren im Allgemeinen fest. Bischweiler recht belebt. Große Pferdebahn besser. City nicht ohne Geschäft. Nürnberger Brauerei höher. Dankberg Ofenfabrik steigend. Glauzig Zuckerfabrik zog etwas an. Nolte Gas besserte die Notiz. Norddeutsche Eiswerke niedriger. Spinn und Sohn und Union Tabak anziehend. Montanwerthe sehr still und wenig verändert. Hibernia, Marienhütte, Gelsenkirchen zogen in den Coursen an. Warsteiner Gruben nachgebend.

Um 2½ Uhr: Fest. — **Credit** 474,50, **Lombarden** 152,—, **Franzosen** 505,—, **Reichsbank** —,—, **Disconto-Commandit** 155,25, **Laurahütte** 72,75, **Türken** 12,50, **Italiener** 81,25, **Oesterr. Goldrente** 69,75, **Ungarische Goldrente** 83,12, **Oesterr. Silberrente** 61,—, **do. Papierrente** 59,37, **5% Russen** 89,12, **Köln-Mindener** 134,50, **Rheinische** 129,75, **Bergische** 92,25, **Rumänen** 32,25, **Russische Noten** 201,75. **Marienburg-Mlawka-Prioritäten** — **Gld.**

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Cp. 175,00 bez., do. Eisenbahn-Coupon 175,00 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 50 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Dollar-Bonds 4,155 bez., do. Eisenb.-Prior. 4,155 bez., do. Papier-Dollars 4,155 bez., 6% New-York-City —,— bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. cons. verl. —,— bez., Russ. Zoll 20,63 bez., 22er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. —,— bez., Rum. Div.-Sch. per 78 5,— bez. u. Gd., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. 20 Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Lstr.-Obligat. 20,38 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 9. Juni, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 432. Pariser Wechsel 81, 05. Wiener Wechsel 175, 12. Böhmische Westbahn 168¼. Elisabethbahn 159. Köln-Mindener-Prämien-Antheilscheine 131. Galizier 216¼. Franzosen*) 249¼. Lombarden*) 75½. Nordwestbahn 115¼. Silberrente 61⅛. Papierrente 59⅝. Oesterreich. Goldrente 69 15/16. Ungar. Goldrente 83⅜. Italiener 81½. Russ. Bodencredit 78¾. Russen 1872 —. Neue russ. Anleihe 88⅞. 1860er Loose 123⅞. 1864er Loose 291, 50. Creditactien*) 234¾. Oest. National-Bank 729, 00. Darmstädter Bank 132⅞. Meininger Bank 83¾. Hess. Ludwigsbahn 76¼. Ungarische Staatsloose 185, 50 do. Schatzanweisungen 103. do. Ostbahn-Obligationen II. 73⅜. Central-Pacific 107¾. Reichsbank 155⅜. Reichs-Anleihe 99⅞. II. Orientanleihe 57⅝. — Günstig.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 235¾, Franzosen 251, Lombarden —, Oesterr. Goldrente —, Ungar. Goldrente —, Galizier —, —, Orientanleihe —, 1877er Russen —, 1860er Loose —, —.

*) per medio resp. per ultimo.

Mittwoch findet wegen der goldenen Hochzeitsfeier Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin keine Börse statt; auch die Abendbörse ist geschlossen.

Hamburg, 9. Juni, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 124¼, Silberrente 61¼, Oesterr. Goldrente 69¾, Ung. Goldrente 83¼, Creditactien 235¾, 1860er Loose 124¼, Franzosen 628½, Lombarden 191, Ital. Rente 81¼, Neue Russen 88¾, Vereinsbank 122¼, Laurahütte 73, Norddeutsche 146¼, Anglo-deutsche 35¼, Amerik. de 1885 95⅞, Köln-Minden. St.-A. 133¾, Rhein. Eisenbahn do. 129⅞, Berg-Märk. do. 92¼. Berl.-Hamb. do. 180½. Altona-Kiel do. 123¼. Disconto 1⅝ pCt. — Ruhig.

Hamburg, 9. Juni. Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen loco und auf Termine ruhig. Roggen loco flau, auf Termine matt. Weizen per Juni-Juli 190 Br., 189 Gd., per September-October 193 Br., 192 Gd. Roggen per Juni-Juli 118 Br., 117 Gd., per September-October 124 Br., 123 Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Rüböl still, loco 59, per October 59½. Spiritus matt, per Juni 36½ Br., per Juli-August 37½ Br., per August-September 38½ Br., per September-October 39½ Br. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 8, 80 Br., 8, 60 Gd., per Juni 8, 60 Gd., per August-December 8, 20 Gd. — Wetter: Gewitterluft.

Liverpool, 9. Juni, Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Stetig. Tagesimport 6000 Ballen, davon 3000 Ball. amerikanische, 3000 Ball. ostindische.

Liverpool, 9. Juni, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Unverändert. Middl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 7, Juli-August-Lieferung 7 3/32 Doll.

Pest, 9. Juni, Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco unverändert, Termine matt, per Frühjahr 9, 80 Gd., 9, 85 Br. — Hafer per Frühjahr 5, 70 Gd., 5, 75 Br. — Mais per Frühjahr 5, 17 Gd., 5, 20 Br. — Wetter: Prachtvoll.

Paris, 9. Juni, Nachm. [Productenmarkt.] (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Juni 27, 00, per Juli 27, 30, per Juli-August 27, 40, per Septbr.-Decbr. 27, 50. Mehl behauptet, per Juni 59, 25, per Juli 59, 75, per Juli-August 60, 25, per September-December 61, 00. Rüböl behauptet, per Juni 81, 00, per Juli 81, 75, per Juli-August 81, 75, per Septbr.-December 82, 50. — Spiritus ruhig, per Juni 53, 25, per September-December 54, 25. — Wetter: Schön.

Paris, 9. Juni, Nachmitt. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Juni pr. 100 Kilgr. 49, 00, Nr. 7/9 pr. Juni per 100 Kilgr. 55, 25. Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogr. per Juni 58, 00, pr. Juli 58, 00, per Juli-August 58, 25, per September-December 58, 00.

London, 9. Juni. Havannazucker Nr. 12 21. Träge.

Antwerpen, 9. Juni, Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Petroleum-

Markt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 20¾ bez., 20½ Br., per Juli 20 Br., per Septbr. 20¾ bez. u. Br., per Septbr.-Decbr. 20½ Br. — Steigend.

Bremen, 9. Juni, Nachmittags. **Petroleum** höher. (Schlußbericht.) Standard white loco 8, 00, per Juli 7, 65, per August 7, 80, per Septbr.-December 8, 10.

Berliner Börse vom 9. Juni 1879.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	99,40 G
Consolidirte Anleihe	4½	106,00 bz
do. do. 1876	4	99,00 bz
Staats-Anleihe	4	99,00 bz
Staats-Schuldscheine	3½	94,20 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	153,25 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,80 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	103,10 bz
Pommersche	3½	88,40 bz
do.	4	98,40 G
do.	4½	105,60 bz
do. Ldsch. Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	98,00 bz
Schlesische	3½	88,70 bzG
Lndschafd. Central	4	98,60 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	98,40 G
Pommersche	4	98,30 bz
Posensche	4	98,20 bz
Preussische	4	98,20 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	98,50 bz
Sächsische	4	99,25 bz
Schlesische	4	98,50 G
Badische Präm.-Anl.	4	132,05 bz
Baierische 4% Anleihe	4	132,30 G
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	139,30 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	76,20 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	110,70 bzG
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	99,75 bzG
do. do.	5	103,00 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	98,50 bzG
do. do. do.	5	103,00 bzG
Künd br. Cent.-Bod.-Cr.	4½	101,60 bz
Unkünd. do. (1872)	5	104,75 bzG
do. rückzb. à 110	5	110,75 G
do. do. do.	4½	105,90 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd. B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	103,50 bzG
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	— —
Hyp.-Anth. Nord-G. C-B	5	96,80 bzG
do. do. Pfandbr.	5	95,30 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	102,00 G
do. do. II. Em.	5	97,00 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	113,30 bz
do. do. II. Em.	5	110,10 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	103,25 bzG
do. 4½ do. do. m. 110	4½	96,75 bzG
Meininger Präm.-Pfdb.	4	118,60 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	100 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	102,60 G
do. do.	4½	98,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104,90 bz
do. do. 4½%	4½	100,80 bzG

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	61,00 bzB
do. (1/4. 1/10.)		61,00 bz
do. Goldrente	4	69,70 bz
do. Papierrente	4⅕	59,40-50 bzB
do. 54er Präm.-Anl.	4	116,00 B
do. Lott.-Anl. v. 60	5	123,50 bzG
do. Credit-Loose	fr.	327,00 bzB
do. 64er Loose	fr.	292,00 bzB
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	151,60 bzG
do. do. 1866	5	150,10 bzG
do. Orient-Anl. v. 1877	5	58,60 bz
do. II. do. v. 1878	5	57,60-70 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	77,75 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfandbr. III. Em.	5	62,30 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	56,30 bzG
Amerik. rückz. p. 1881	6	102,50 G
do. do. 1885	6	— —
do. 5% Anleihe	5	101,60 bzG
Ital. 5% Anleihe	5	81,30 bzG
Ital. Tabak-Oblig.	6	102,50 G
Raab-Grazer 100 Thlr. L	4	84,90 bzB
Rumänische Anleihe	8	— —
Türkische Anleihe	fr.	12,30 bzG
Ungar. Goldrente	6	83,20 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	184,25 G
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	81,50 bz
do. Schatzanw.	6	— —
do. do. II. Abth.	6	103,00 bz
Schwedische 10 Thlr.-Loose		—
Finnische 10 Thlr.-Loose		46,75 bz
Türken-Loose		46,75 bzG

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II.	4½	102,00 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	89,90 bzB
do. do. VI.	4½	103,00 G
do. Hess. Nordbahn	5	102,20 bz
Berlin-Görlitz	5	103,40 bz
do.	4½	97,25 bz
do. Lit. C.	4½	95,00 B
Bresl-Freib. Lit. E. F.	4½	101,00 bzG
do. Lit. G.	4½	100,80 G
do. do. H.	4½	100,30 bz
do. do. J.	4½	100,30 bz
do. do. K.	4½	100,30 bz
do. von 1876	5	104,25 B
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	97,40 bz
do. Lit. B.	4½	— —
do. IV.	4	97,75 bzG
do. V.	4	97,50 bz
Halle-Sorau-Guben	4½	103,00 G
Hannover-Altenbeken	4½	99,25 bzG
Märkisch-Posener	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	98,75 bz
do. do. II. Ser.	4	98,00 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	98,75 B
do. do. III. Ser.	4	97,50 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	90,00 G
do. C.	4	97,50 bzB
do. D.	4	97,50 bzB
do. E.	3½	89,25 G
do. F.	4½	102,75 G
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	103,10 bz
do. von 1869	5	102,10 G
do. von 1873	4	— —
do. von 1874	4½	102,25 B
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,70 bz
do. Stargard-Posen	4	95,75 G
do. do. II. Em.	4½	102,00 B
do. do. III. Em.	4½	102,00 B
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	4½	101,00 B
Rechte-Oder-Ufer-B.	4½	102,50 bz
Schlesw. Eisenbahn	4½	102,25 bzB
Charkow-Asow gar.	5	88,25 G
do. do. in Pfd. Sterl. à 20 Mark gar.	5	— —
Charkow-Krementsch. gar.	5	86,25 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	— —
Dux-Bodenbach	fr.	81,50 G
do. II. Emission	fr.	75,75 bzG
Prag-Dux	fr.	34,00 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	90,70 bzB
do. do. neue	5	89,60 bzG
Kaschau-Oderberg	5	70,50 bzG
Ung. Nordostbahn	5	65,75 bzG
Ung. Ostbahn	5	63,30 bzG
Lemberg-Czernowitz	5	75,10 bz
do. do. II.	5	76,00 bzG
do. do. III.	5	69,70 bzG
do. do. IV.	5	66,90 bzG
Mährische Grenzbahn	5	62,50 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	23,70 bzG
do. II.	fr.	— —
Kronpr. Rudolf-Bahn	5	76,40 bzG
Oesterr.-Französische	3	368,30 bzG
do. do. II.	3	365,00 G
do. südl. Staatsbahn	3	264,00 bzG
do. neue	3	262,40 bzG
do. Obligationen	5	88,00 bzB
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	91,90 bz
Warschau-Wien II.	5	100,10 G
do. III.	5	98,60 G
do. IV.	5	93,00 bzB
do. V.	5	99,50 bzB

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl.	8 T.	3½	169,75 bz
do. do.	2 M.	3½	169,15 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20,37 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,00 bz
Petersburg 100 SR.	3 M.	6	200,10 bz
Warschau 100 SR.	8 T.	6	200,90 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	175,40 bz
do. do.	2 M.	4	174,40 bz

...rn. 40 Thaler-Loose 265,25 bzG
Badische 35 Fl.-Loose 172,00 bz
Braunschw. Präm.-Anleihe 89,40 bz
Oldenburger Loose 150,00 B

Ducaten 9,62 G	Dollars 4,21 G
Sover. 20,35 bz	Oest. Bkn. 175,50 bz
Napoleon 16,22 G	do. Silbergd 174 G
Imperials — —	Russ. Bkn. 201,60 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1877	1878		
Aachen-Mastricht	½	½	4	18,90 bz
Berg.-Märkische	3⅓	4	4	92,00 bz
Berlin-Anhalt	5¾	5	4	96,00 bzB
Berlin-Dresden	0	0	4	15,00 bzG
Berlin-Görlitz	0	0	4	15,75 bz
Berlin-Hamburg	11½	10½	4	178,25 bz
Berl.-Potsd-Magdb	3½	3½	4	93,70 bz
Berlin-Stettin	7 1/10	3⅕	4	107,75 bz
Böhm. Westbahn	5	5	5	84,40 bz
Bresl.-Freib.	2½	3¼	4	80,00 bzG
Cöln-Minden	5 1/20	6,5	4	134,00 bz
Dux-Bodenbach. B.	0	0	4	25,50 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	9 2/7	8,214	4	108,75 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	15,20 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	15,40 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	50,40 bzG
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	65,00 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	184,50 bz
Märk.-Posener	0	0	4	26,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	8	9½	4	143,00 bzG
Mainz-Ludwigsh.	5	4	4	76,75 bz
Niederschl.-Märk.	4	4	4	98,75 B
Oberschl. A. C. D. E.	8½	8½	3½	154,00 bzG
do. B.	8½	8½	3½	135,50 bzB
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	6	4	497,00-504,00
Oest. Nordwestb.	4,15	—	5	231,75 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	149,00-51,50
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	50,25 bzG
Rechte-O.-U.-B.	6⅓	7	4	124,50 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	44,10 bzG
Rheinische	7	7	4	129,25 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	98,30 bz
Rhein-Nahe-Bahn.	0	0	4	11,60 bz
Rumän. Eisenbahn	2	—	4	32,50-52,25 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	19,75 bz
Stargard-Posener	4½	4½	4½	102,40 G
Thüringer Lit. A.	7½	8	4	132,10 bzG
Warschau-Wien.	5	—	4	188,00 bz

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden	0	0	5	32,00 bzG
Berlin-Görlitzer	0	0	5	42,50 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	31,50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	45,00 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	31,00 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	20,75 bzG
Märkisch-Posener	4½	5	5	94,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	87,40 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	113,00 bzG
Ostpr. Südbahn	5	5	5	93,40 bzG
Rechte-O.-U.-E.	6⅓	7	5	125, 0 bzG
Rumänier	8	8	8	89,75 bzG
Saal-Bahn	0	0	5	10,00 bzG
Weimar-Gera	0	0	5	23,75 B

Bank-Papiere.

Alg. Deut. Hand.-G.	2	2	4	52,25 B
Anglo Deutsche Bk.	0	0	4	— —
Berl. Kassen-Ver.	8 4/15	8 9/10	4	164,00 B
Berl. Handels-Ges.	0	0	4	65,90 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	6	6	4	68,50 G
Braunschw. Bank.	3	4½	4	85,80 G
Bresl. Disc.-Bank.	3	3	4	79,25 bzB
Bresl. Wechslerb.	5⅓	5⅔	4	85,40 bzG
Coburg. Cred.-Bnk.	5	4½	4	74,00 bzB
Danziger Priv.-Bk.	0	5⅙	4	106,75 G
Darmst. Creditbk.	6¾	6¾	4	132,10 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¾	5¼	4	106,10 B
Deutsche Bank	6	6½	4	121,60 bzG
do. Reichsbank	6,29	6,3	4½	155,00 bzG
do. Hyp.-B. Berlin	7½	6¼	4	90,60 bzB
Disc.-Comm.-Anth.	5	6½	4	155,00 bz
do. ult.	5	6½	4	155,50-55,50
Genossensch.-Bnk.	5½	5⅛	4	99,75 bzG
do. junge	5½	5⅛	4	99,75 G
Goth. Grundcredb.	8	6	4	95,00 B
do. junge	8	6	4	94,25 bzG
Hamb. Vereins-B.	10⅚	7¾	4	— —
Hannov. Bank	6	5½	4	104,00 bz
Königsb. Ver.-Bnk.	8	6	4	87,60 G
Lndw.-B. Kwilecki.	0	—	4	53 G
Leipz. Cred.-Anst.	5⅔	6⅔	4	131,60 bzG
Luxemburg. Bank	6½	7½	4	119,90 bzG
Magdeburger do.	5 9/10	6 5/10	4	110,25 bz
Meininger do.	2	2½	4	83,50 bzG
Nordd. Bank	8½	8⅘	4	— —
Nordd. Grundcr.-B.	5	6	4	51,40 bz
Oberlausitzer Bk.	3	4	4	73,75 G
Oest. Cred.-Actien	8⅛	8¾	4	472½-73
Posener Pro.-Bank	6½	4	4	105,50 B
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	5	4	79,75 bzB
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	124,10 bzG
Sächs. Bank	5¾	5¾	4	109, 0 G
Schl. Bank-Verein	5	5	4	94,00 G
Weimar. Bank	0	0	4	37,25 bzG
Wiener Unionsbk.	3½	5	4	163,00 bz

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	4,75 G
Berl. Bankverein	—	—	fr.	— —
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	59,00 bzG
Deutsche Unionsb.	—	—	fr.	— —
Gwb. Schuster u. C.	—	—	fr.	— —
Moldauer Lds.-Bk.	—	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Sächs. Cred.-Bank	—	—	fr.	107,75 G
Schl. Vereinsbank	—	—	fr.	— —
Thüringer Bank	0	—	fr.	80,40 bz

Industrie-Papiere.

Berl. Eisenb.-Bd-A.	—	—	fr.	— —
D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	12,00 bzG
do. Reichs-u. Co.-B.	0	—	4	92,00 bzG
Märk. Sch. Masch. G	0	—	4	30,75 bzG
Nordd. Gummifab.	4	4	4	50,25 G
Westend. Com.-G.	—	—	fr.	— —
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	8	5	4	91,50 G
Schles. Feuervers.	25	21	fr.	960 G
Donnersmarkhütt.	3	½	4	39,50 bz
Dortm. Union	0	—	4	15,50 bzG
do. abgest.	0	—	4	13,00 B
Königs- u. Laurah.	2	—	4	73,00 bz
Lauchhammer	0	—	4	30,75 bzG
Marienhütte	3	—	4	53,25 bzG
Cons. Redenhütte	—	—	4	97,50 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	15,75 bzG
Schl. Zinkh.-Actien	6½	5½	4	78,75 B
do. St.-Pr.-Act.	6½	5½	4	90,00 B
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4½	— —
Vorwärtshütte	0	—	4	8,50 bz
Baltischer Lloyd	—	—	4	5 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	fr.	— —
Bresl. E.-Wagenb.	1	5⅓	4	60,10 bzB
do. ver. Oelfabr.	5	—	4	60,50 bzG
Erdm. Spinnerei	0	0	4	24,50 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	65,50 bzG
Hoffm.'s Wag. Fabr.	0	0	4	20,75 B
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	33,00 B
Schl. Leinenind.	4	—	4	— —
do. Porzellan	1½	1½	4	26,60 G
Wilhelmsh. MA.	0	—	4	25,00 G

Bank-Discount 3 pCt.
Lombard-Zinsfuss 4 pCt.

Berlin, 9. Juni. [Producten-Bericht.] Die Witterung ist nicht beständig, aber als recht günstig für das Gedeihen der Feldfrüchte in hiesiger Gegend zu bezeichnen. Auf die Stimmung für Roggen hat die in beispielloser Ausdehnung fortdauernde Wasserzufuhr auch heute drückenden Einfluß ausgeübt. Man hat nur unter weiterer merklicher Preisermäßigung Käufer heranziehen können. Loco überschreitet der Umsatz bescheidenen Umfang nicht; die Qualität der Waare befriedigt momentan sehr wenig. — Roggenmehl etwas billiger verkauft. — Weizen wenig belebt, aber fest. Verkäufer sind zurückhaltend. — Hafer loco matt. Termine etwas niedriger. — Rüböl wenig verändert. Umsatz schwach. — Petroleum fester. — Spiritus in ziemlich fester Haltung, aber nur späte Sichten sind einigermaßen beliebt.

Weizen loco 170—205 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert gelber märkischer — M. ab Kahn bez., gelber schlesischer — M. ab Bahn bez., feiner weißer polnischer — M. bez., blauspitziger poln. — M. ab Kahn bez., per Juni — M. bez., per Juni-Juli 191—191½ M. bez., per Juli-August 190—190½ M. bez., per September-October 194—195 M. bez. Gek. 4000 Ctnr. Kündigungspreis 191½ Mark. — Roggen loco 110 bis 138 Mark pro 1000 Kilogr. nach Qualität gefordert, russ. 120 bis 121 M. ab Kahn bez., russ. 112—118 M. ab Bahn, defecter russ. 100 bis 103 M. ab Bahn, inländischer 126—132½ M. ab Bahn und Kahn, defecter inländischer 120½ Mark ab Kahn bez., per Juni 119½—118½ Mark bez., per Juni-Juli 119—118½ M. bez., per Juli-August 121 bis 120½ M. bez., per August-September — M. bez., per September-October 128 bis 127½ M. bez., per October-November 130½—130 M. bez. Gekündigt 23,000 Ctnr. Kündigungspreis 118¼ Mark. — Gerste loco 110 bis 180 Mark nach Qualität gefordert. — Mais loco 110 bis 117 M. nach Qualität gefordert, rumänischer — Mark ab Bahn bez., amerikanischer — Mark frei Wagen bez. — Hafer loco 112—142 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 120 bis 130 Mark bez., russischer 112—122 Mark bez., pommerscher 128 bis 132 M. bez., schlesischer 126—132 M. bez., böhmischer 126—132 M., feiner weißer pommerscher und mecklenburg. 133—135 Mark, feiner weißer russischer 133—138 M. ab Bahn bez., per Juni — M. bez., per Juni-Juli 126—125½ Mark bez., per Juli-August 126—125½ M. bez., per August-September — M. bez., per September-October 130½—139 M. bez., per October-November 130½—130 M. bez. Gek. 2000 Ctnr. Kündigungspreis 125½ Mark. — Erbsen, Kochwaare: 141 bis 190 M., Futterwaare: 125 bis 140 Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: 28,00 bis 26,50 M. bez., Nr. 0: 26,00 bis 25,00 M., Nr. 0 und 1: 25,00—23,50 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 20,00 bis 18,25 M. bez., Nr. 0 und 1: 18,00—17,00 Mark. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Juni 17,70 M. bez., per Juni-Juli 17,65 Mark bez., per Juli-August 17,65 M. bez., per August-September — M. bez., per September-October 18,00 M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — M. bez., ohne Faß 56,5 Mark bez., per Juni 57—56,8 M. bez., per Juni-Juli 57 bis 56,8 M. bez., per Juli-August — M. bez., per September-October 57,4—57 Mark bez., per October-November 57,6—57,3 M. bez., per November-December 57,7—57,5 Mark bez. Gekündigt — Ctnr. Kündigungspreis — M. — Leinöl loco 61 M. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 19,8 M. bez., per Juni 19,2 M. bez., per Juni-Juli 19,2 M. bez., per Juli-August — Mark bez., per September-October 21,9—22 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco ohne Faß 52,3—52,5 M. bez., per Juni 52—51,7 bis 51,9 Mark bez., per Juni-Juli 52—51,7—51,9 Mark bez., per Juli-August 52,8—53,1 M. bez., per August-September 53,5—53,7 M. bez., per September-October 53,5 M. bez. Gekündigt 160,000 Liter. Kündigungspreis 51,9 Mark.

Breslau, 10. Juni, 9¼ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot Preise unverändert.

Weizen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 16,50 bis 18,40—18,90 Mark, gelber 16,40—17,70 bis 18,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 11,60 bis 12,40—13,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in matter Stimmung, pr. 100 Kilogr. 11,30 bis 13,20 Mark, weiße 13,30—14,00 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 10,40 — 11,00 — 11,80 bis 12,40 Mark.

Mais unverändert, pr. 100 Kilogr. 9,60—10,10—10,70 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,60—12,80—14,00 bis 14,80 Mark, **Victoria**- 14,80—16,30—17,50 Mark.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50—16,50—18 Mark.

Lupinen feine Qualitäten behauptet, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50—7,80 bis 8,10 Mark, blaue 7,30—7,60—8,00 Mark.

Wicken schwacher Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,60—11,20—11,80 Mark.

Oelsaaten schwach gefragt.

Schlaglein sehr fest.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.						
Schlag-Leinsaat	26	25	24	50	23	50
Winterraps	25	—	24	50	23	50

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Mark.

Leinkuchen ohne Aenderung, pr. 50 Kilogr. 9,20—9,60 Mark, fremde 7,80—8,40 Mark.

Mehl ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 27,00 — 28,50 Mark, Roggen fein 19,75—20,75 Mark, Hausbacken 18,75—19,75 Mark, Roggen-Futtermehl 8,75—9,75 Mark, Weizenkleie 6,80—7,80 Mark.

Heu 3,20—3,60 Mark pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—21,00 Mark pr. Schock à 600 Kilogr.

⁂ **Stettin**, 7. Juni. [Das Waarengeschäft] hatte in der verflossenen Woche einen ruhigen Verlauf und kamen bemerkenswerthe Umsätze hauptsächlich nur in Hering vor, der Versandt ist der Jahreszeit nach angemessen gewesen.

Petroleum. In Amerika konnten die Preise in den letzten acht Tagen sich nicht behaupten und war auch die Tendenz der diesseitigen Märkte eine mattere. Hier ist das Geschäft in der abgelaufenen Woche nur schwach gewesen und die Preise waren nachgebend. Loco 10,25—10—9,60 M. bez. und Br., auf Lieferung per September-October 8,50—8,45—8,40 M. bez. und Brief.

Kaffee. Die Zufuhr betrug 1296 Ctr. Der Artikel Kaffee verkehrte in der verflossenen Woche in guter Stimmung und der Abzug war recht befriedigend. Am 11. d. M. findet in Amsterdam die nächste Auction über ca. 100,000 Ballen Java-Kaffee statt und sind die Taxen hierfür auf Basis des letzten Ablaufs und des heutigen Werthstandes aufgemacht; auch diesmal besteht das Haupt-Contingent in blassen und grünen Sorten, während feine gelbe und braune Kaffees wieder sehr spärlich vertreten sind. Da die nächstfolgende holländische Auction erst wieder am 13. August d. J. stattfinden soll, erwartet man allgemein eine lebhaftere Nachfrage. Unser Markt schließt bei guter Stimmung und zu nachfolgenden Notirungen: Ceylon-Plantagen und Tellyshery 105—115 Pf., Java braun bis fein braun 140 bis 150 Pf., gelb bis fein gelb 100—115 Pf., blank und blaß 90 - 98 Pf., grün bis fein grün 82 92 Pf., fein Rio und Campinos 78—85 Pf., gute reelle Rio und Campinos 70—75 Pf., ordinär Santos und Rio 50 bis 60 Pf. tr.

In Reis ist keine Veränderung zu melden, zugeführt wurden uns 730 Centner. Die auswärtigen Märkte behaupten sehr feste Preise und blieben auch bei uns die Notirungen für diesen Artikel unverändert fest; da der Export von Kartoffeln nach England sehr große Dimensionen angenommen hat, dürften sich für dieselben vielleicht bald höhere Preise einstellen und knapper werden, wodurch dann selbstredend auf größere Nachfrage in Reis zu rechnen wäre. Wir notiren: Carolina 36—37 M., Java-Tafel 28—29 Mark, Moulmaine 16—18 M., Rangoon 14—16 M. do. Tafel- 17—18 M., Arracan 13—15 M., do. Vorlauf und Tafel- 16—18 M., Bruch- 11—12 Mark tr.

Hering. Der Import von neuem englischen Matjeshering betrug in der verflossenen Woche 636 To., mithin beläuft sich die Total-Zufuhr davon bis heute auf 1609 To., gegen 2058 To. bis zur gleichen Zeit im vorigen Jahre. Die Frage nach Matjes war auch seit unserem letzten Bericht sehr lebhaft und haben sich besonders die besseren Qualitäten bis auf Kleinigkeiten schnell geräumt, bezahlt wurde 30 bis 65 Mark versteuert nach Qualität. Vorigjähriger Schotten war gut begehrt, Crown und Fullbrand wurde steigend von 49—50 Mark transf. bezahlt, in erster Hand sind davon nur noch wenige Tonnen, in zweiter Hand und für fremde Rechnung mögen noch 100 To. vorhanden sein, von ungestempelten Voll- trafen indirect 437 To. ein, wofür 44—47 M. tr. bezahlt wurde, Matties crownbrand, wovon uns noch 57 To. zugeführt wurden, ist mit 31 M. tr. bez., Ihlen bei wenig Vorrath 31 M. tr. gef. Von norwegischem Fisch hatten wir nur einen Import von 28 To., das Geschäft in Fetthering war wenig belebt, Kaufmanns- 29—31 M., groß mittel 24—26 M., reell mittel 17—19 M. und klein mittel 11—13 M. tr. bezahlt und gef. Mit den Eisenbahnen wurden vom 29. Mai bis 4. Juni von allen Gattungen 1119 Tonnen versandt, der Total-Bahnabzug vom 1. Januar bis 4. Juni beträgt demnach 64,223 To., gegen 75,982 To. in 1878, 50,264 To. in 1877, 93,516 To. in 1876, 77,225 To. in 1875, 64,787 To. in 1874 und 86,835 To. in 1873 in fast gleichem Zeitraum.

Sardellen. Nach den vorliegenden letzten Berichten von Holland wird der Fang als wenig ergiebig bezeichnet und der Ertrag bis jetzt auf 1500 Anker geschätzt, alte Vorräthe sind in Holland nur noch 12,000 Anker. Die Preise nahmen dort einen ferneren Aufschwung und haben sich dieselben in Folge dessen auch hier erhöht, 1876er werden auf 56 Mark per Anker gehalten, 1875er ziemlich aufgeräumt.

⊙ **Paris**, 7. Juni. [Börsenwoche.] Die feste Stimmung dauert fort. Die Monats-Abrechnung gab das Signal zu einer wahren Hausse-Explosion, und von diesem Tage an sind die Renten mit nur kurzen Unterbrechungen aufwärts gestiegen. Die Blanco-Verkäufer haben nachgerade vollständig den Muth verloren. Das Capital und das Ersparniß gewöhnen sich mehr und mehr an den Gedanken, die Renten, die sie zu 109 und 110 hergegeben haben, zu 116 und 117 wieder an sich bringen zu müssen. Die Geldabundanz ist so groß, daß den brachliegenden Capitalien nichts Anderes übrig bleibt, als an der Börse, d. h. vorzugsweise auf dem Rentenmarkt, eine Verwerthung zu suchen. Angesichts dieser Geldabundanz sieht sich auch die Bank von Frankreich genöthigt, ihrem mehr und mehr einschlummernden Escompte-Geschäft durch eine Neuerung größere Ausdehnung zu geben. Die Herabsetzung des Discont auf 2 pCt. hat nichts geholfen, das Portefeuille geht immer mehr abwärts. Die Bank von Frankreich geht mit dem Gedanken um, von jetzt ab die besten Signaturen zu einem billigeren Preise als die anderen, nämlich mit 1½ oder 1¼ pCt. zu discontiren. Der Markt der auswärtigen Fonds war auch im Ganzen fest, obgleich die zeitweilige Flaue der Berliner und namentlich der Wiener Börse hier einen stärkeren Einfluß übte.

Posen-Creuzburger Eisenbahn-Gesellschaft.

Die Einnahme pro Monat **Mai 1879** beträgt:

	provisorisch 1879	definitiv 1878
a. Personen-Verkehr	34,828 M.	31,831 M.
b. Güter-Verkehr	90,339 „	84,596 „
c. Extraordinarien	13,280 „	11,698 „
Summa	138,447 M.	128,125 M.

Pro Monat Mai 1879 mehr 10,322 M.
seit Anfang des Jahres 1879 mehr 35,600 M.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Juni 9., 10.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme	+ 19°,1	+ 13°,7	+ 12°,9
Luftdruck bei 0°	331''',06	331''',17	332''',04
Dunstdruck	5''',28	6''',00	5''',54
Dunstsättigung	54 pCt.	94 pCt.	92 pCt.
Wind	W. 1.	N. 0.	NW 1.
Wetter	z. heiter.	bedeckt, Regtr., Ab. Reg.	bedeckt.
Wärme der Oder			7 Uhr: 17°, 2.

Breslau, 10 Juni. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 74 Cm. U.-P. 2 M. 2 Cm.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 9. Juni. Zugleich mit dem Kaiser und der Kaiserin sind der Großherzog und die Großherzogin von Baden von Potsdam hier eingetroffen. Bismarck ist Abends 6 Uhr hier angekommen.

Darmstadt, 9. Juni. Fürst Alexander von Bulgarien wird am nächsten Freitag in Jugenheim erwartet.

Rom, 9. Juni. Der Papst hat den Cardinal Hergenröther zum zum Archivar des heiligen Stuhles ernannt.

Versailles, 9. Juni. Die Deputirtenkammer beschloß nach langer Debatte mit 306 gegen 195 Stimmen, die Genehmigung zur gerichtlichen Verfolgung Cassagnacs wegen des im „Pays" veröffentlichten regierungsfeindlichen Artikels zu ertheilen.

London, 9. Juni. Unterhaus. Auf eine Anfrage Campbell's erwiderte Unterstaatssecretär Bourke, die Pforte habe in Folge der ihr gemachten Vorstellungen den englischen Botschafter Layard davon benachrichtigt, daß sie beabsichtige, den localen Commissionen die Frage der Organisation derjenigen Provinzen zu unterbreiten, welche nicht speciell im Berliner Vertrage aufgeführt seien. Die Pforte ziehe in Erwägung, ob das organische Statut für Ostrumelien auf jene Provinzen anwendbar sei.

London, 9. Juni. Der internationale wissenschaftliche Congreß wurde heute Nachmittags unter Vorsitz von Edmond About eröffnet; derselbe ist bis jetzt schwach besucht. Die vom Comite vorgelegten Statuten wurden unverändert genehmigt. Die Verhandlungen werden in französischer Sprache geführt. Zum nächsten Donnerstag sind sämmtliche Delegirte vom Lordmayor zum Diner in Mansionhouse geladen.

Triest, 9. Juni. Der Lloyddampfer „Mars" ist mit der ostindischen Ueberlandpost heute früh um 6 Uhr aus Alexandrien hier eingetroffen.

Plymouth, 9. Juni. Der Hamburger Postdampfer „Allemania" ist hier eingetroffen.

New-York, 9. Juni. Der Dampfer „The Queen" von der National-Dampfschiff-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

(Aus Hirsch' telegraphischem Bureau.)

Petersburg, 9. Juni. Von gouvernementaler Seite wird dem Gerücht, daß eine auf parlamentarische Principien beruhende Constitution für das europäische Rußland in Aussicht genommen sei, mit aller Entschiedenheit entgegengetreten.

Bekanntmachung.

Breslau, den 9. Juni 1879.

Am 11. Juni wird aus Anlaß der Feier der goldenen Hochzeit Ihrer Kaiserl. und Königl. Majestäten der Annahme- und Ausgabedienst bei den Postanstalten in Breslau in der Zeit von 9 bis 11 Uhr Vorm. und von 2 bis 4 Uhr Nachm. ruhen. [1081]

Der Kaiserliche Ober-Post-Director.
Schiffmann.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. (In Vertretung: Carl Pröll.)
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.